

Rundschreiben Nr. 68

Wir drucken in diesem Rundschreiben das schon seit längerem angekündigte Papier von Gen. K.P.Sch. ab. Wir werden diesen Beitrag in der Leitung diskutieren.

Nicht wollen wir über die Fragen diskutieren, die K.P.Sch. in seiner "Vorbemerkung" aufwirft. Da es diese "Vorbemerkung" nun aber gibt, muß doch zu einigen Punkten Stellung genommen werden.

Grundsätzlich ist es natürlich so, daß dem Gen. K.P.Sch. von seinem Standpunkt aus manches ganz anders erscheinen muß als es uns erscheint. So z.B. der eigentliche Inhalt des gegenwärtig stattfindenden Meinungskampfes, wo wir der Meinung sind, daß es sehr wohl um Prinzipien des Marxismus-Leninismus geht, um Prinzipien, die in Frage gestellt wurden, z.B. um die Frage des revolutionären Defaitismus im imperialistischen Krieg. Daß es nicht nur um Prinzipien geht, sondern auch um die konkrete Einschätzung der gegenwärtigen Lage und unsere Taktik, ist natürlich ebenso eine Tatsache. Oft ist es so und auch in diesem Fall ist es so, daß der Weg zur Revidierung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus seinen Ausgangspunkt in einer falschen Einschätzung der konkreten politischen Lage nimmt, sich aber rasch auf die Prinzipien erstrecken kann. Dann muß die Auseinandersetzung um die Lageeinschätzung geführt und müssen insbesondere auch die Prinzipien hervorgestrichen und verteidigt werden, gerade um zu verhindern, daß aus Fehlern von Genossen unversehens eine falsche politische Linie in der Organisation entsteht. Selbstverständlich hat daher etwa der Beitrag von G.St. eine große Bedeutung. Selbstverständlichkeiten muß man herausstellen, wenn sie bestritten oder jedenfalls faktisch links liegen gelassen werden. Daß eine Linie "zurechtgebastelt" worden sei, schreibt Gen. K.P.Sch. weiter. Tatsächlich war es so, daß die gesamte DK hindurch ständig Fehler seitens der Elin-Delegierten gemacht wurden und zwar immer Fehler in derselben Richtung. Wir haben rechtzeitig festgestellt, daß diese Fehler auf eine falsche Linie hinauslaufen. Es hat sich niemand zurechtgebastelt, daß der Gen. K.P.Sch. ein "Vaterlandsverteidiger" ist, aber es wurde darauf hingewiesen, daß seine Fehler in dieser Richtung gehen. Wenn wir in der Organisation eine falsche Linie entstehen sehen, dann werden wir alles tun, um ihre Entwicklung und Verfestigung aufzuhalten. Wenn man sieht nicht irgendwelche Differenzen von zweitrangiger Bedeutung, sondern die Keime einer falschen Linie, dann wird man einen scharfen Kampf gegen sie führen. Das ist geschehen. Wieso kann K.P.Sch. das als "hysterische Kampagne" bezeichnen? Besteht die "Hysterie" nicht ausschließlich darin, daß man nicht tatenlos zuschaut, wie falsche Positionen in unsere Politik eingeschmuggelt werden? Besteht die "Hysterie" nicht ausschließlich darin, daß man nicht den Liberalismus in der Organisation pflegt?

Aus der Sicht des Gen. K.P.Sch. erscheint wie gesagt vieles anders und das ist auch begreiflich. Nicht begreiflich und auch nicht zulässig ist es, daß der Gen. K.P.Sch. wiederum unsere organisatorischen Verhältnisse, den demokratischen Zentralismus, herabwürdigt, herunterspielt, ignoriert bzw. in mancher Hinsicht in Frage stellt. Das fängt schon mit der Herabsetzung der DK an. Es ist bedauerlich, aber man muß es noch einmal sagen: Man kann nicht eine Einstellung zur DK haben, daß sie in der betreffenden Frage gar keine Beschlüsse hätte fassen können. Was ist es aber anderes, wenn K.P.Sch. schreibt, daß von einem "tiefgehenden Meinungskampf, vor der DK, die dann davon ausgehend Beschlüsse hätte fassen sollen", gar nicht geredet werden kann. Was heißt das im Hinblick auf die gefaßten Beschlüsse, wenn nicht, daß sie keine Grundlage haben und somit nichts wert sind? Was heißt das, wenn K.P.Sch. schreibt, daß es hier so gewesen sei, daß man "zuerst Beschlüsse gefaßt und dann erst inhaltlich genauer diskutiert" habe und daß die DK "äußerst schlecht vorbereitet" gewesen sei? Die DK hat die Kriegsgefahrresolution behandelt, nachdem diese in den Grundeinheiten erörtert worden war. Die DK hat sie behandelt

gestützt auf eine ausführliche ganztägige Debatte über dieselben Fragen im Zusammenhang des Rechenschaftsberichtes und im Zuge einer ausführlichen Diskussion. Die DK hat offenkundig in vollem Bewußtsein der Bedeutung der Sache einen wichtigen Schritt zur Bestlegung unserer politischen Linie gemacht. Daß nicht alle Fragen, die K.P.Sch. jetzt aufwirft oder bei den Versammlungen nach der DK bereits aufgeworfen hat, auf der DK erörtert werden konnten, liegt daran, daß sie dort noch nicht aufgeworfen wurden. Wenn etwas schlecht vorbereitet war, dann die Kritiken des Gen.K.P.Sch. und erselbst. Schließlich hat er auf der DK für die Resolution gestimmt und erklärt jetzt, daß er sich "nicht auskennt". Es spricht für die Resolution, daß sie auch gegenüber den sich entwickelnden neuen Positionen von K.P.Sch. eine brauchbare Waffe ist. Natürlich kann man immer alles besser machen, aber das ist kein Grund, die Resolution in ihrem Wert und ihrer Bedeutung herunterzuspielen. K.P.Sch. "anerkennt" die Resolution, aber er stellt sie in seiner "Vorbemerkung" erneut in Frage, nicht indem Fehler nachgewiesen werden, sondern indem sie ebenso wie die DK in übler Weise heruntergemacht wird. Keinen einzigen Fehler der Resolution beim Namen nennen, aber gar nicht oft genug sagen können, daß sie auf keiner Vorbereitung beruhe, erst nachher diskutiert worden sei, die Masse der Genossen eigentlich dazu keine Meinung hätte usw. usf. - das ist eine üble Methode und eine üble Haltung, die kritisiert werden muß. Das ist es übrigens auch, was als "trotzkistische Methoden" bezeichnet worden ist und zwar zu Recht. Eine Unterstellung ist es, Gen.K.P.Sch. sei als "Trotzkist" bezeichnet worden.

Auffallend in der "Vorbemerkung" ist auch, daß ständig versucht wird, einen Gegensatz ^{zu konstruieren} zwischen der "Leitung", die eine "Linie zurechtbastelt" usw., und "der Kritik einer Grundeinheit". Stattgefunden hat auf der DK ein Meinungskampf zwischen den Delegierten und Leitungsmitgliedern. Nicht stattgefunden hat eine Auseinandersetzung zwischen der Leitung "und anderen Genossen" und "einer Grundeinheit". Wozu dient so etwas, außer um die "anderen Genossen" und überhaupt die Delegierten als "Handlanger der Leitung" hinzustellen? Außer um sich hinter dem Gerede von der armen unterdrückten "Grundeinheit" zu verschanzen?

Letzteres kommt deutlich zum Ausdruck in dem, was K.P.Sch. über die beiden Versammlungen schreibt. Wir haben die Versammlungen gemacht, um die Meinungsverschiedenheiten der DK vor allen Genossen offen aufzurollen und so die demokratische Willensbildung, die natürlich in den Grundeinheiten stattfindet, zu erleichtern. "Darf" die Leitung dabei in ihrem Sinne, d.h. im Sinne der DK, auftreten? Hat sie das "Privileg", des Einleitungsreferates? Selbstverständlich hat sie es und es widerspricht nicht, sondern es entspricht dem demokratischen Zentralismus, daß die neue Leitung ihre Auffassungen von den Meinungsverschiedenheiten zu Beginn der Versammlungen darlegte. Woher nimmt K.P.Sch. die Ansicht, daß die Leitung und er "gleich lang" einleiten müßten usw. So etwas kann man nur vertreten, wenn man von liberalen Vorstellungen eines Debattierclubs ausgeht. Tut man das nicht kann es einem nicht falsch erscheinen, daß G.St. "fast zwei Stunden" und K.P.Sch. "nicht einmal 40 Minuten" gesprochen hat. Abgesehen davon ist die Darstellung der Vorgänge vor den Versammlungen eine glatte Fälschung der Tatsachen. Ich bin an den Gen. K.P.Sch. herangetreten und habe ihm vorgeschlagen, sich nicht wie jeder andere Genosse auf Diskussionsbeiträge zu beschränken, sondern im Anschluß an das Einleitungsreferat von G.St., das dieser im Namen der Leitung hielt, ein zweites, kurzes Referat zu halten. Daher hat auch kein "kurzes Feilschen" stattgefunden, bei dem K.P.Sch. Zugeständnisse erkämpfen mußte, sondern lediglich der Hinweis, daß man die Referate kurz halten mußte. Einige Tage später wurde beschlossen, am Tag der ersten Versammlung die Demonstration gegen die Wehrgesetznovelle zu machen. Angesichts dieser Tatsache haben wir am Nachmittag dieses Tages beschlossen, uns auf das Einleitungsreferat und das Koreferat zu beschränken. Das habe ich K.P.Sch. vor der Versammlung mitgeteilt.

K.P.Sch. stellt demgegenüber die ganze Sache als eine einzige ungeheure Intrige dar mit dem Ziel, seine Meinungsäußerung zu unterdrücken oder zumindest äußerst einzuengen. Das entspricht nicht nur nicht den Tatsachen, sondern ist vielmehr ihr glattes Gegenteil.

Zur Tendenzabstimmung noch ein Wort. Tendenzabstimmungen haben wir schon öfter gemacht, wenn es darum ging, sich ein Bild von der politischen Lage in der Organisation zu verschaffen. So war es auch in diesem Fall. Die Leitung und die Versammlung selbst mußte alles Interesse daran haben, festzustellen, wieviel Unterstützung die Positionen jeweils finden. Niemand kann darin eine "Sanktion" gegen Genossen erblicken. Wenn es nun heißt, man hätte die Genossen gezwungen, "für oder gegen etwqs Partei zu ergreifen, worüber sie sich bisher noch keine klare Meinung bilden konnten" - dann ist das eine Frechheit. Bekanntlich hat es vor der Tendenzabstimmung eine Abstimmung über deren Durchführung gegeben. Ich gehe davon aus, daß die Genossen selbst besser wissen als K.P.Sch., ob sie sich eine ausreichend klare Meinung gebildet haben. Hier findet sich dieselbe Haltung gegenüber den Genossen auf der Versammlung wie bereits vorher gegenüber den Delegierten der DK. Mit welchem Recht und aufgrund welcher Haltung gäbte gen.K.P.Sch. solche Urteile ab?

An einem weiteren Punkt zeigt sich eine eigentümliche Auffassung des Gen. K.P.Sch. von demokratischem Zentralismus. Bekanntlich gibt die Leitung das theoretische Organ heraus. Die Leitung hat es für richtig befunden, eine Nummer des "Kommunist" rasch herauszugeben und zwar mit dem ja bekannten Inhalt. K.P.Sch. ist der Meinung, dieser "Kommunist" zeichne ein falsches und absurdes Bild der Auseinandersetzungen. Die Leitung ist nicht dieser Meinung. Wir sind der Meinung, der "Kommunist" zeichnet ein richtiges Bild der Auseinandersetzungen. K.P.Sch. beklagt sich nun, er sei vom bevorstehenden Erscheinen des "Kommunist" nicht informiert worden, obwohl er - man stelle sich vor! - einen Artikel angekündigt hätte usw.usf.

Empört erklärt er, daß das theoretische Organ schließlich ohne seinen Artikel erschienen sei. Wir haben zum Zweck der Förderung des Meinungskampfes das Erscheinen des "Kommunist" aufs Äußerste beschleunigt und nicht weitere zwei, drei Wochen auf den Artikel von K.P.Sch. gewartet. Das kann man für richtig oder falsch halten, aber man kann sich nicht darüber empören, daß sein Artikel "übergangen wird", wie man sich überhaupt weniger in den Mittelpunkt stellen und zugleich als Opfer von allerhand Machenschaften, die es in Wahrheit nicht gibt, ausgeben soll.

Noch zuneiner Frage solletwas gesagt werden: Es stimmt, daß verschiedene Diskussionsredner in der Polemik gegen K.P.Sch. falsche Sachen gesagt haben. Z.T. bin ich darauf in meinem Diskussionsbeitrag darauf eingegangen, allerdings nur zum Teil und auch das nur im Hinblick auf die Frage, wie man die Auseinandersetzung richtig führen muß. Das ist ganz richtig und hat mit dem von K.P.Sch zitierten Leitspruch Deng Hsiao Pings nichts zu tun. Es sind ja auch nicht die eher am Rande gelegenen und teilweise sehr exzentrischen Meinungen der anderen Seite herausgegriffen und besonders kritisiert worden, sondern wir haben uns auf das Entscheidende, Typische der falschen Positionen konzentriert. Anders kann man eine Debatte gar nicht zielstrebig führen. Die ausführlichste Behandlung jeder Nebenfrage kann einem nur so entscheidend wichtig erscheinen, wenn man sich nicht auf die Behandlung der Hauptfrage konzentrieren will.

Ich möchte noch einmal sagen, daß wir nicht das geringste Interesse an solchen Auseinandersetzungen haben. Diese Vorbemerkung war notwendig, weil man nicht glatte Verfälschungen und schädliche organisatorische Anschauungen unwidersprochen lassen kann. Es wäre besser, die Ebene der Auseinandersetzung zu verlassen.

Wir haben die Stellungnahme von K.P.Sch in ganz Österreich verbreitet. Das widerspricht dem Beschluß der nationalen Konferenz vom (sh. Protokoll im R 65). Wir haben es trotzdem getan, weil dieser Beschluß erst später gefaßt wurde und K.P.Sch. sich daher nicht an ihm orientieren konnte.

W.L.

Vorbemerkung:

ÜBER DEN GEGENWÄRTIGEN MEINUNGSKAMPF IM KOMMUNISTISCHEN BUND

Die Austragung von Meinungsverschiedenheit über die internationale Lage und die daraus resultierenden Aufgaben der Kommunisten ist eine gute Sache. Nicht gut ist es, wie der Meinungskampf darüber bisher in unserer Organisation geführt wurde.

Die 2.ordentliche Delegiertenkonferenz war sowohl von der Leitung, als auch von den Grundeinheiten hinsichtlich dieser Fragen äußerst schlecht vorbereitet worden. Von einem tiefgehenden Meinungskampf vor der DK, die dann davon ausgehend Beschlüsse hätte fassen sollen, kann man nicht reden. Auch wir vom Elin-Kollektiv waren darauf schlecht vorbereitet und waren darum auch nicht in der Lage, unseren Standpunkt auf der DK gründlich und ausführlich zu begründen. In der Begründung unseres Antrags zum internationalen Teil des RB beschränkten wir uns darauf, die unserer Ansicht nach wichtigen Fragen, die im RB nicht oder falsch behandelt sind, anzureißen, statt gründlich zu jeder einzelnen Frage Stellung zu nehmen. In den Formulierungen dieser Antragsbegründung sind einige Mißverständnisse angelegt. Einige Begriffe werden unpräzise verwendet. Es war gut und richtig, daß auf der DK auf diese Mängel und Fehler eingegangen wurde. Falsch und schädlich für die Klärung der Differenzen war es jedoch, daß die Genossen der Leitung und einige andere Genossen -, ausgehend von diesen Fehlern und Mängeln - eine "Linie" zurechtbastelten, die sie den Delegierten des Elin-Kollektivs unterschoben, die jedoch in keiner Weise der Linie des Antrags bzw. den Intentionen des Elin-Kollektivs entsprach, worauf die Delegierten des Elin-Kollektivs auf der Konferenz mehrmals klar und deutlich hinwiesen.

Diese Art des Herangehens an die Kritik einer Grundeinheit hatte zur Folge, daß die Diskussion über die internationale Lage auf der DK äußerst unergiebig war.

Auf der einen Seite der ständige Versuch, den Elin-Delegierten Abweichungen vom Marxismus-Leninismus nachzuweisen, auf der anderen Seite die andauernden Bekenntnisse der Elin-Delegierten zum Marxismus-Leninismus und den Mao-Tse-tung Ideen. Da es in diesem Meinungskampf jedoch nicht darum geht, ob man die revolutionären Prinzipien anerkennt oder nicht, sondern darum, wie man ihnen zufolge in einer konkreten Situation Politik macht, können die Differenzen so auch keinesfalls geklärt werden. Von dieser Einschätzung ausgehend habe ich noch während der DK einigen Genossen, darunter auch Genossen der neuen Leitung, angekündigt, daß ich meine Positionen gründlicher ausarbeiten und in einem Artikel für das theoretische Organ schriftlich niederlegen werde. Zugleich leisteten die Delegierten des Elin-Kollektivs bereits auf der Konferenz Selbstkritik hinsichtlich bestimmter Formulierungen in der Begründung ihrer Anträge zur DK im besonderen hinsichtlich ihrer Vorbereitung der DK im allgemeinen. Das alles änderte jedoch nichts daran, daß die neue Leitung kurz nach der DK bereits organisationsintern und öffentlich mit einer hysterischen Kampagne gegen den "Sozialchauvinismus" in unseren Reihen begann.

Im Zeichen des Kampfes gegen die "sozialchauvinistische" Linie, die noch nicht einmal Gelegenheit gehabt hatte, sich organisationsintern zu artikulieren und von jedem Genossen gründlich studiert zu werden, fanden die beiden Versammlungen im P-orrrhaus statt.

Sehen wir einmal davon ab, daß es ziemlich ungewöhnlich für eine kommunistische Organisation ist, zuerst Beschlüsse zu fassen und dann erst inhaltlich genauer darüber zu diskutieren. Noch viel ungewöhnlicher ist es, zu Beginn des Meinungskampfes Genossen der eigenen Organisation mit dem Arsch ins Gesicht zu springen und sie als "Trotzkisten", "Sozialchauvinisten" und was weiß ich noch alles zu bezeichnen - wenn man genau weiß, daß diese Genossen bereits an einer ausführlicheren, gründlicheren Stellungnahme arbeiten, wenn man genau weiß, daß diese Genossen sich von mißverständlichen Formulierungen in ihrer ersten, kurzen Stellungnahme bereits ausdrücklich distanziert haben und Selbstkritik geübt haben.

Einige Tage vor der ersten Versammlung im Porrhhaus wurde mir vom Sekretär - der genau wußte, daß ich bereits an dem Artikel für das Theoretische Organ arbeite und daß die Fertigstellung eines solchen Artikels keine Sache von wenigen Tagen oder ein, zwei Wochen ist - mitgeteilt, daß auf dieser Versammlung ein Referat eines Leitungsgenossen vorliegen werde und daß ich die Möglichkeit hätte, Diskussionsbeiträge dazu zu liefern. Nach kurzem Feilschen gestand er mir eine Redezeit von einer halben Stunde zu - mehr sei nicht drin, schließlich handle es sich um eine Diskussion. Wenige Stunden vorder Versammlung erfuhr ich erst, daß am ersten Abend keine Diskussion stattfinden werde, sondern daß nur zwei Referate gehalten werden, eines vom Gen.G.St. der Leitung - und eines von mir! Gen.St. sprach dann fast zwei Stunden, ich nicht einmal 40 Minuten. In der Diskussion am folgenden Abend spitzte sich die Situation noch mehr zu. "Trotzkistisch" sei es, daß die Genossen des Elin-Kollektivs die mangelnde Vorbereitung der DK kritisierten und auf eine Revidierung ihrer Beschlüsse hinarbeiten, weil sie damit das oberste beschlußfassende Organ des KB herabwürdigen. Besonders hinterfotzig sei es, daß die Genossen des Elin-Kollektivs immer wieder ihre Treue zu den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus betonen, während sie doch - wie jedermann sieht - offen diese Prinzipien verraten, sich mit der Bourgeoisie aufs Packl hauen und den Imperialismus stärken wollen. Dabei greifen sie, wie vor ihnen schon Trotzki und Lin Biao zu der intriganten Methode, ständig ihre "Spuren zu verwischen". In der inhaltlichen Kritik an meinem Referat blieben alle möglichen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus unwidersprochen, sofern sie sich nur möglichst scharf gegen den "Sozialchauvinismus" des Elin-Kollektivs richteten. Besondere Sumpfblüten in der Entstellung des ML leisteten sich hier die beiden Redner des Waagner-Biro-Kollektivs: für den einen ist jeder Versuch, einen Unterschied hinsichtlich der Gefährlichkeit der beiden Supermächte zu machen, oder gar den Sozialimperialismus als Hauptfeind zu bezeichnen, von vornherein ein schweres Verbrechen; der andere propagierte die originelle und nicht unkomische Theorie, daß die österreichische Bourgeoisie bereits 1848 ihrem Wesen nach antinational gewesen sein soll. Kein einziges

Mitglied der Leitung fand es der Mühe wert, auf solche Entgleisungen einzugehen, während alle ihre Anstrengungen darauf konzentrierten, den Genossen unseres Kollektivs und Genossen, die ähnliche Auffassungen vertreten, gewaltsam eine falsche Linie zu unterschieben und sie darauf festzunageln. Sie hielten sich hier an den berüchtigten Leitsatz "Ganz gleich, ob die Katze weiß oder schwarz ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse." Der Leitsatz, den sich die Marxisten-Leninisten hinsichtlich des Meinungskampfes halten, ist aber ein ganz anderer: "Bei der innerparteilichen Kritik hat man sich vor Subjektivismus, Willkür und Vulgarisierung der Kritik zu hüten; jede Meinungsäußerung muß auf Argumenten beruhen, die Kritik muß den politischen Aspekt betonen."

"Es kann nicht den geringsten Zweifel geben, daß wir falsche Ideen aller Art kritisieren müssen. Es geht natürlich nicht, sich der Kritik zu enthalten, untätig zuzuschauen, wie überall falschen Ansichten um sich greifen und zu gestatten, daß sie das Feld beherrschen. Fehler müssen kritisiert und Giftpflanzen bekämpft werden, wo immer sie auftauchen. Aber eine solche Kritik soll nicht dogmatisch sein." (Mao Tse-tung)

Einige Genossen haben bei der 2. Versammlung im Pörrhaus ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man es sich bei der Diskussion der internationalen Lage keinesfalls zu leicht machen darf, daß die Klärung dieser Fragen gründlichster Erörterung bedarf. Sie haben davor gewarnt, oberflächlich und subjektivistisch Schlußfolgerungen zu ziehen, bevor noch eine gründliche Erörterung der anstehenden Fragen durchgeführt wurde, bevor es noch den Genossen nicht möglich ist, an Hand eigener gründlicher Beschäftigung und intensiver Diskussion fundierte Urteile über richtig oder falsch abzugeben.

Aber die Argumente dieser Genossen fielen bei der Leitung auf taube Ohren. Der Leitung schienen die dargelegten Positionen bereits so klar, daß sie eine "Tendenzabstimmung" in die Wege leitete. Worüber eigentlich abgestimmt werden sollte, war nicht einmal dem Diskussionsleiter (dem Leitungsmitglied P.F.) klar: mehrmals "versprach" er sich dahingehend, daß über die "Anerkennung" der Kriegsgefahrresolution der DK abgestimmt werden sollte, also praktisch für oder gegen den demokratischen Zentralismus! Nachdem klargestellt wurde, daß es nicht um "Anerkennung" oder "nichtanerkennung" eines Beschlusses der DK, sondern darum geht, ob man diesen Beschluß für richtig hält oder falsch, enthielten sich die Genossen des Elin-Kollektivs und einige andere Genossen der Stimme. Meiner Ansicht nach stellt die Kriegsgefahrresolution gemessen am internationalen Teil des RB, an allen anderen diesbezüglichen Dokumenten der Organisation und insbesondere gegenüber dem Referat des Gen. St. einen Riesenfortschritt dar. Mir selbst ist bei dieser Resolution allerdings noch einiges unklar, sehr vieles fehlt mir und einige irreführende Passagen und Formulierungen gibt es darin auch. Kein Grund aber für mich bis jetzt, dagegen zu sein. Wenn ich mich noch nicht auskenne, enthalte ich mich lieber der Stimme. Meiner Ansicht nach geht es nicht nur mir so, sondern auch der Mehrheit der Genossen im KB und in den Massenorganisationen. Ich nehme an, daß die Mehrheit der Genossen ein wirkliches Interesse an der Weiterführung der Diskussion und an der Vertiefung des Meinungskampfes hat. Wenn das so ist, wozu dann also jetzt bereits "Tendenzabstimmungen"? Das führt doch nur dazu,

daß man die Genossen dazu zwingt, für oder gegen etwas Partei zu ergreifen, worüber sie sich bisher noch keine klare Meinung bilden konnten.

Nach den beiden unglücklichen Versammlungen nahm ich an, die Leitung werde jetzt endlich auf meine Stellungnahme warten und an Hand dieser Stellungnahme die Kritik gründlicher und wissenschaftlich entfalten.

Wie gesagt, war diese Stellungnahme von Anfang an als Artikel für die nächste Nummer des "Kommunist" mit dem Schwerpunkt über die internationale Lage geplant gewesen. Diese Nummer ist inzwischen erschienen - ohne meinen Artikel. Kein Genosse der Leitung hat es für wert befunden, mich vom bevorstehenden Erscheinen der Nummer, geschweige denn vom Abgabetermin von Artikeln zu informieren. Die Nummer enthält nun die Rede des Gen. G.St. auf der 1. Versammlung nach der DK sowie den Antrag des Elin-Kollektivs zum internationalen Teil des RB nebst Begründung sowie meinen Antrag zur Ergänzung der Kriegsgefahrresolution. Was heißt das? Das heißt, daß der Kampf gegen den "Sozialchauvinismus" öffentlich geführt wird, noch bevor die Genossen, die angeblich sozialchauvinistische Positionen vertreten, die Gelegenheit gehabt haben, ihre Positionen unmißverständlich und nach bestem Wissen und Gewissen aufs Papier zu bringen. Angesichts der Rede des Gen. G.St., die seitenweise aus Verdrehungen und krampfhaften Versuchen besteht, etwas in die Antragsbegründung des Elin-Kollektivs und in die Positionen des Kollektivs im allgemeinen hineinzuinterpretieren, was erklärtermaßen und faktisch nicht drin steckt, angesichts der zugegebenen Unzulänglichkeiten der Begründung des Antrags des Elin-Kollektivs kann dadurch für den Leser der letzten Nummer des "Kommunist" nur ein völlig verzerrtes Bild vom Meinungskampf in unserer Organisation entstehen. Unsere politischen Gegner können sich darüber nur ins Fäustchen lachen. Gen. G.St., der übrigens im wesentlichen nichts anderes tut, als die Kritik einer westdeutschen ml-Organisation an einer anderen westdeutschen ml-Organisation auf die völlig anders liegenden Meinungsverschiedenheiten im KB Wien zu verpflanzen und dadurch sehr präzise und wortgewaltig an der Sache vorbeiredet, wird nun an Hand meiner Stellungnahme bemerken, was ihm eigentlich schon auf der 1. Versammlung hätte auffallen müssen: daß seine Rede die Klärung der Meinungsverschiedenheiten nicht im geringsten befördert, sondern im Gegenteil auf ein völlig falsches Gleis führt. Die Leser des "Kommunist", der hoffentlich und ehe baldigst meinen Artikel veröffentlichen wird, werden das ebenfalls bemerken, wenn sie meinen Artikel mit der in der letzten Nummer veröffentlichten Rede St.s vergleichen. Und sie werden sich mit Recht fragen, was zum Teufel im KB jetzt eigentlich wirklich diskutiert wird.

In meiner folgenden Stellungnahme beschränke ich mich im wesentlichen auf eine positive und möglichst unpolemische Darstellung meiner Einschätzung bestimmter Fragen des internationalen Klassenkampfes. Der Artikel ist ein Beitrag zu einer Diskussion, die erst beginnt und sich auf verschiedene Fragen der Linie des KB erstrecken wird. Er geht nicht ausdrücklich auf den Programm-entwurf, den internationalen Teil des RB und die Kriegsgefahrresolution ein, obwohl die darin bezogenen Positionen natürlich auf alle drei Dokumente Auswirkungen haben. Er setzt sich

nicht mit den Positionen des Genossen G.H. aus Salzburg auseinander, obwohl die Auseinandersetzung mit G.H! wichtig ist, gerade fruchtbar wegen einiger gravierender Fehler in seinem Papier. Er geht nicht auf die Rede des Gen.St. ein, obwohl die Auseinandersetzung mit dieser Rede uns sicherlich nicht erspart bleiben wird.

Eine genaue punktweise Auseinandersetzung mit allen diesen Dokumenten und Stellungnahmen ist notwendig, würde aber den Rahmen dieses Artikels sprengen. Der Meinungskampf über diese Fragen ist von so großer Bedeutung, daß die Sache mit ein paar Seiten, ein paar Artikelchen ganz gewiß nicht abgetan sein kann.

Es schien mir zweckmäßig, den Hauptteil des Artikels, der in ausführlicherer Form die wesentlichen Aussagen meines Diskussionsbeitrags auf der 1.Versammlung nach der DK enthält, einen Teil voranzustellen, der sich mit der Haltung der Kommunisten zum 1. und zum 2.Weltkrieg auseinandersetzt. Der 1.Teil sollte den Genossen einen Anstoß geben, sich insbesondere mit den Erfahrungen und Lehrer des großen antifaschistischen Befreiungskrieges und der Linie der Komintern seit 1935 zu beschäftigen. Meiner Ansicht nach ist die Beschäftigung damit eine unentbehrliche Grundlage, um sich in der heutigen internationalen Situation besser zurechtfinden zu können.

K.P. Sch!

DER KAMPF UM DIE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT IST EIN TEIL DES KAMPFES FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS

I. Teil

Lenin über die "Vaterlandsverteidigung"

Lenin hat im 1. imperialistischen Weltkrieg die Losung der "Vaterlandsverteidigung" abgelehnt und einen scharfen Kampf gegen die Sozialchauvinisten geführt, die den gegebenen imperialistischen Raubkrieg mit der Losung der "Vaterlandsverteidigung" zu beschönigen versuchten.

In der von ihm vorgeschlagenen und auf der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR (1915) angenommenen Resolution "Über die Losung der 'Vaterlandsverteidigung'" heißt es:

"Das wahre Wesen des gegenwärtigen Krieges besteht in dem Kampf zwischen England, Frankreich und Deutschland um die Aufteilung der Kolonien und um die Ausplünderung der konkurrierenden Länder sowie in dem Streben des Zarismus und der herrschenden Klassen Rußlands nach der Eroberung Persiens, der Mongolei, der asiatischen Türkei, Konstantinopels, Galiziens usw. Das nationale Element im österreichisch-serbischen Krieg ist von ganz untergeordneter Bedeutung und ändert nichts an dem allgemeinen imperialistischen Charakter des Krieges.

Die ganze ökonomische und diplomatische Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, daß die beiden Gruppen der kriegsführenden Nationen eben einen solchen Krieg systematisch vorbereitet haben. Die Frage, welche Gruppe den ersten militärischen Schlag geführt oder als erste den Krieg erklärt hat, ist bei der Festlegung der Taktik der Sozialisten ohne jede Bedeutung. Die Phrasen von der Verteidigung des Vaterlandes, von der Abwehr eines feindlichen Überfalls, vom Defensivkrieg usw. sind auf beiden Seiten reiner Volksbetrug." (LW 21/S.448)

In seiner Schrift gegen P. Kijewskij, der nach seinen eigenen Worten "nicht begreifen (konnte), wie man gleichzeitig gegen die Vaterlandsverteidigung und für die Selbstbestimmung, gegen das Vaterland und für das Vaterland sein kann" (LW 23/S.20), erklärte Lenin an Hand dieser Resolution noch einmal ausführlicher die richtige Begründung der Ablehnung der "Vaterlandsverteidigung" in diesem konkreten Krieg.

Ich greife vier wesentliche Punkte heraus:

1. "Was ist - allgemein gesprochen - 'Vaterlandsverteidigung'?
Ist das ein wissenschaftlicher Begriff der Ökonomie, der Politik oder dgl.? Nein. Das ist einfach der verbreitetste, gebräuchlichste, manchmal einfach spießbürgerliche Ausdruck für die Rechtfertigung eines Krieges. Sonst nichts, sonst absolut nichts! 'Verräterisch' kann daran nur sein, daß Spießbürger imstande sind, jeden Krieg zu rechtfertigen, indem sie erklären: 'Wir verteidigen das Vaterland' während der Marxismus, der sich nicht zum Spießbürgertum degradiert, die historische Analyse jedes einzelnen Krieges fordert, um festzustellen, ob dieser Krieg als fortschrittlich, den Interessen der Demokratie oder des

Proletariats dienend und in diesem Sinne als ein berechtigter, gerechter usw. Krieg betrachtet werden kann." (LW 23/S.23)

2. "Wie kann man nun das 'wahre Wesen' eines Krieges erkennen, wie kann man es bestimmen? Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Man muß die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, studieren. War die Politik imperialistisch, eine Politik der Ausplünderung und Unterdrückung von Kolonien und fremden Ländern, dann ist auch der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein imperialistischer Krieg. War die Politik eine Politik der nationalen Befreiung, d.h. war sie Ausdruck der Massenbewegung gegen die nationale Unterdrückung, dann ist der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein nationaler Befreiungskrieg." (ebd.)

"Für den Spießbürger ist es wichtig, wo die Truppen stehen, wer im Augenblick siegreich ist. Für den Marxisten ist es wichtig, worum der gegebene Krieg geführt wird, in dessen Verlauf bald das eine, bald das andere Heer siegreich sein kann." (ebd.S.24)

3. Lenin spricht nun ausdrücklich vom "gegebenen Krieg", also vom Krieg 1914-1918: "Die Rede ist also vom gegenwärtigen Krieg. Klarer läßt sich das auf russisch nicht sagen...Im gegenwärtigen imperialistischen Krieg, der durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt wurde, d.h. kein Zufall ist, keine Ausnahme, keine Abweichung vom Allgemeinen und Typischen, sind die Phrasen von der Vaterlandsverteidigung Volksbetrug, denn dieser Krieg ist kein nationaler Krieg. In einem wirklich nationalen Krieg ist das Wort "Landesverteidigung" keineswegs ein Betrug, und wir sind keineswegs gegen sie." (ebd.S.21)

4. "Worum wird dieser Krieg geführt? Das wird in unserer Resolution gesagt (sie geht von der Politik der kriegsführenden Mächte aus, wie sie von diesen seit Jahrzehnten vor dem Krieg betrieben wurde). England, Frankreich und Rußland führen den Krieg, um die zusammengeraubten Kolonien zu behalten, die Türkei auszuplündern usw. Deutschland führt den Krieg, um anderen Ländern Kolonien zu entreissen, um selber die Türkei auszuplündern usw. Nehmen wir an, die Deutschen besetzen Paris und Petersburg. Ändert sich dadurch der Charakter dieses Krieges? Nicht im mindesten. Das Ziel der Deutschen - und, was noch wichtiger ist, die im Falle eines Sieges der Deutschen verwirklichte Politik - würde dann die Wegnahme der Kolonien, die Beherrschung der Türkei, die Fortnahme fremdnationaler Gebiet, z.B. Polens usw. sein, aber keineswegs die Errichtung einer Fremdherrschaft über die Franzosen oder die Russen." Seinem wahren Wesen nach ist dieser Krieg kein nationaler Krieg, sondern ein imperialistischer Krieg. Mit anderen Worten: Der Krieg wird nicht geführt, weil sich die eine Seite von der nationalen Unterdrückung befreien, die andere hingegen aufrechterhalten will. Dieser Krieg ist ein Krieg zwischen zwei Gruppen von Unterdrückten, zwischen zwei Räubern, und wird darum geführt, wie die Beute geteilt werden soll, wer die Türkei und die Kolonien ausplündern soll. Kurzum: Ein Krieg zwischen imperialistischen (d.h. eine ganze Reihe fremder Völker unterdrückenden und sie in das Netz der Abhängigkeit vom Finanzkapital verstrickenden usw.) Großmächte oder im Bunde mit ihnen ist ein imperialistischer Krieg. Ein solcher Krieg ist der Krieg von 1914-1916. 'Vaterlandsverteidigung' in diesem Krieg ist Betrug, ist die Rechtfertigung dieses Krieges." (ebd. S.24 f.)

Das Wesen des I. Weltkrieges bestand im Kampf zweier imperialistischer Räuberkoalitionen, der hauptsächlich in Europa und hauptsächlich um die Kolonien geführt wurde. Beide Gruppen haben gleichermaßen diesen Krieg systematisch und jahrelang vorbereitet. Das nationale Element war von ganz untergeordneter Bedeutung und änderte nichts am allgemeinen imperialistischen Charakter dieses Krieges. Deswegen war die Losung der "Vaterlandsverteidigung", die in einem nationalen Krieg berechtigt wäre, in diesem konkreten imperialistischen Krieg nichts anderes als Volksbetrug zugunsten der Imperialisten und Kriegstreiber.

Lenin verwies immer wieder auf die Notwendigkeit und Schwierigkeit der genauen historischen Analyse eines konkreten Krieges. Er warnte mehrmals eindringlich von jeglichem Schematismus gerade in dieser Frage.

"Kriege sind eine kunterbunte, mannigfaltige, komplizierte Sache. Da darf man nicht mit einer allgemeinen Schablone herangehen." (LW 35/S.249)

Während er den Hauptstoß gegen die Sozialchauvinisten führte, grenzte er sich zugleich scharf von den "linken" Schematikern ab, die denkfaule Leute sind und sich die Dinge zu einfach machen. Gegen Kijewskij gewandt schrieb er, daß sein Fehler darin liege, "daß er die Anlehnung der Vaterlandsverteidigung in eine Schablone verwandeln will, daß er sie nicht aus der konkreten historischen Besonderheit des gegebenen Krieges, sondern 'ganz allgemein' ableitet. Das ist kein Marxismus." (LW 23/S.7)

Als Dialektiker bestritt Lenin keineswegs die Möglichkeit des Anwachsens des nationalen Elements im imperialistischen Krieg und damit die Möglichkeit des qualitativen Umschlags, erklärte einen solchen Umschlag aber aufgrund der konkreten historischen Analyse des gegebenen Krieges für äußerst unwahrscheinlich:

"Es ist lächerlich, die 'Möglichkeit' einer Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen nationalen zu leugnen (obgleich Ussijewitsch sich davor entsetzte!). Was ist nicht alles 'möglich' auf der Welt! Aber vorläufig hat er sich nicht verwandelt. Die Politik des Marxismus basiert auf dem Wirklichen und nicht auf dem 'Möglichen'. Möglich, daß eine Erscheinung sich in eine andere verwandelt - und unsere Taktik ist nicht starr." (LW 35/S.242f.)

In seiner Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg ("Über die Junius-Broschüre" LW 22/S.310-325) führte er die Bedingungen an, die - aus der Sicht von 1916 - nationale Kriege im imperialistischen Europa möglich machen könnten:

"Wenn das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; wenn dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten endete; wenn der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnte, ohne, z.B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges, in den Sozialismus überzugehen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine Rückentwicklung Europas um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber nicht unmöglich, denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, teoretisch unrichtig." (LW 22/S.315)

- "Drittens darf man selbst in Europa nationale Kriege in der Epoche des Imperialismus nicht für unmöglich halten. Die 'Ära' des Imperialismus' hat den jetzigen Krieg zu einem imperialistischen gemacht, sie wird unweigerlich (solange nicht der Sozialismus kommt) neue imperialistische Kriege erzeugen, sie hat die Politik der jetzigen Großmächte zu einer durch und durch imperialistischen gemacht, aber diese 'Ära' schließt keineswegs nationale Kriege aus, z.B. von seiten der kleinen (nehmen wir an, annektierten oder national unterdrückten) Staaten gegen die imperialistischen Mächte, wie sie auch im Osten Europas nationale Bewegungen in großem Maßstab nicht ausschließt." (ebd.S.316 f.)

Lenin spricht hier ausdrücklich von Europa! Er spricht von der Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges nicht nur seitens eines bereits sozialistischen Staates, der sich gegen die Bedrohung der gewaltsamen Wiedereinführung der Ausbeuterordnung zur Wehr setzt, sondern auch seitens noch kapitalistischer Staaten, die sich gegen die Einschränkung ihrer nationalen Unabhängigkeit, gegen die Bedrohung einer kolonialen Versklavung seitens großer imperialistischer Räuber zur Wehr setzen.

Ursprung und Charakter des II. Weltkrieges

"...bei dem Studium der Besonderheiten beliebiger Widersprüche - der Widersprüche in jeder Bewegungsform der Materie, der Widersprüche in jedem Entwicklungsstadium einer jeden Bewegungsform, der beiden Seiten eines jeden Widerspruches in diesen oder jenen Entwicklungsprozessen, der Widersprüche in den verschiedenen Etappen jedes Entwicklungsprozesses und der beiden Seiten jedes der Widersprüche in den einzelnen Etappen -, ...beim Studium aller dieser Besonderheiten der Widersprüche (ist) subjektive Willkür unzulässig und (muß) eine konkrete Analyse vorgenommen werden. Ohne eine konkrete Analyse ist es unmöglich, die Besonderheiten irgendeines Widerspruches zu erkennen. Wir müssen immer an die Wort Lenins denken: konkrete Analyse der konkreten Situation." (Mao, Über den Widerspruch)

Nach der Analyse des I. Weltkrieges durch Lenin kann uns die Analyse des II. Weltkrieges durch Stalin und die Komintern als Musterbeispiel für die Art des Herangehens an die Festlegung der Taktik für einen bestimmten Krieg dienen.

Die Komintern hat sich sehr eingehend mit der drohenden Kriegsgefahr beschäftigt. Die grundlegenden Stellungnahmen dazu finden sich in den Dokumenten des 6. und 7. Weltkongresses. Im Gefolge des I. Weltkrieges hatte sich das System der internationalen Beziehungen gründlich verändert. Der erste sozialistische Staat war entstanden und erstreckte sich auf einem Sechstel der Erde. Die Imperialisten konnten ihre Pläne, die Sowjetunion ökonomisch und militärisch in die Knie zu zwingen, aufgrund der heldenhaften Kämpfe der sowjetischen Völker und der internationalen Solidarität des Weltproletariats nicht in die Tat umsetzen. Die Siegerstaaten zwangen den besiegten Staaten, insbesondere Deutschland das Versailler-System auf, schränkten damit die politischen Rechte der Besiegten ein und plünderten ihre Länder und Völker aus. Untereinander verständigten sich die Siegerstaaten über die Teilung der Beute (Aufteilung der Kolonien und Kolonialmandate,

Grenzziehung in Europa).

Aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus spitzen sich jedoch die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten neuerlich zu. Der Kampf unter ihnen gewann mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise an Schärfe. Bei den innerimperialistischen Gegensätzen handelte es sich dabei sowohl um solche zwischen den Siegerstaaten (insbesondere zwischen der untergehenden Kolonialmacht England und dem aufsteigenden USA-Imperialismus, der ökonomisch stark, aber militärisch noch schwach war), als auch um solche zwischen den besiegten, aber wiedererstarkenden imperialistischen Mächten (insbesondere Deutschland) und den Mächten des Versailler-Systems. Der erbitterte Wettstreit der Imperialisten machte das System der Nachkriegsverträge ein Ende. Mit der Machtübernahme Hitlers 1933 schuf sich das aggressive deutsche Finanzkapital die inneren Voraussetzungen für die Expansion und bereitete diese auf allen Ebenen zügig vor.

Togliatti darüber am 7. Weltkongreß: Genossen! Wir haben für die Liquidierung der Nachkriegsverträge auf dem Wege der sozialen und nationalen Befreiung gekämpft. Was eingetreten ist, hat nichts gemein mit den Zielen, für die wir gekämpft haben. Die Nachkriegsverträge sind durch die erbitterte Rivalität der Imperialisten in Stücke zerrissen worden. Die Situation, die daraus entstanden ist, ist der Vorabend eines neuen Weltkrieges, den der deutsche Imperialismus zu führen beabsichtigt, um den Völkern einen 'Frieden' aufzuzwingen, von dem uns die preußischen Generäle in Brest-Litowsk ein Beispiel geliefert haben. Von dieser Gefahr, die gegenwärtig die ernsteste ist, gehen wir aus bei der Festlegung unserer Stellungnahme ~~gegen~~ im Kampf gegen Imperialismus und Krieg." (Protokoll des 7. Weltkongresses, Bd. II, S. 755).

Das Wesen des sich anbahnenden II. Weltkrieges wurde also völlig richtig als imperialistisch, als Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter die imperialistischen Gruppen definiert.

Im Gegensatz aber zu Trotzki, auch dadurch "Hure des Faschismus" (Gramsci) und seinesgleichen blieben die Kommunisten in ihrer Analyse dabei nicht stehen, sondern untersuchten sehr genau und allseitig die Besonderheiten der Widersprüche, die diesen Prozeß vorantrieben.

"Die Hauptursache der imperialistischen Kriege besteht, wie bekannt, im Kapitalismus selbst, in seinen Annexionsbestrebungen. Aber in der heutigen konkreten internationalen Lage ist der Faschismus, diese gepanzerte Faust der aggressivsten und kriegslüsternsten Kräfte des Imperialismus, der Anstifter des herannahenden Krieges.

Die Kriegsgefahr ist deshalb so unmittelbar drohend geworden, weil dem deutschen Faschismus nicht rechtzeitig der Weg zur Macht versperrt wurde. Durch den gegen die Volksmassen des eigenen Landes geführten Krieg zur Herrschaft gelangt, wuchs sich der Faschismus zur direkten Kriegsgefahr für die Länder der ganzen Welt aus. Nachdem er das eigene Volk versklavt hat, geht er mit der Kriegsflagge in der Hand zum Angriff auf die anderen Völker über" (Dimitroff 1936, AW Bd. 2, FfM 1972, S. 6)

Ganz im Gegensatz zum I. Weltkrieg, wo zwei imperialistische Koalitionen gleichermaßen den Krieg vorbereitet hatten, handelte es sich beim II. Weltkrieg eindeutig um eine Gruppe von Hauptkriege treibern, um die faschistischen Staaten. Die Unterscheidung, wer Angreifer und wer Angegriffener ist, die im I. Weltkrieg hin-fällig war, mußte hinsichtlich des II. Weltkrieges durchaus getroffen werden und wurde auch getroffen. Entsprechend stellte sich

die Frage der Herstellung der Einheit aller Kriegsgegner:

"Die Sowjetunion, der Staat der siegreichen Arbeiterklasse, ist mit ihrer konsequenten und entschiedenen Friedenspolitik ein solcher Friedensfaktor. Ein anderer Friedensfaktor ist das Proletariat der kapitalistischen Länder. Dies sind die führenden Kräfte bei der Verteidigung des Friedens gegen die Kriegstreiber. Für die Erhaltung des Friedens sind auch die Massen der Bauernschaft, alle Werktätigen, die breitesten Volksmassen in allen kapitalistischen Ländern. Eine Reihe kapitalistischer Staaten ist heute an der Erhaltung des Friedens interessiert. Auch in den Ländern, wo der Faschismus herrscht, sowie auch in denjenigen Ländern, deren Machthaber den Anstiftern eines neuen Gemetzels Vorschub leisten, wollen die Völker nicht den Krieg" (Dimitroff, ebs.S.7)

Innerhalb der kapitalistischen Länder, differenzierte die Komintern also zwischen drei Gruppen: 1. den kriegstreibenden Ländern (Deutschland, Japan), 2. den Ländern, die ihnen Vorschub leisteten in der Hoffnung, den Krieg gegen die Sowjetunion zu lenken (Frankreich und England), 3. den am Frieden gegenwärtig interessierten (schwachen und kleinen) europäischen Ländern.

Die Taktik der internationalen Einheitsfront gegen die faschistischen Kriegsbrandstifter zielte darauf ab, den Kriegstreibern die Hände zu binden, die sie begünstigenden imperialistischen Staaten zur Aufgabe ihrer Politik und die am Frieden interessierten kapitalistischen Länder zu einer konsequenten Friedenspolitik zu zwingen.

Ein Pfeiler dieser Einheitsfront war die Friedenspolitik der Sowjetunion, die jahrelang versuchte, mit den nichtfaschistischen Staaten Bündnisse zu schließen (s. den französisch-sowjetischen und den tschechisch-sowjetischen Beistandspakt) und die erst dann auf den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Hitlerdeutschland Kurs nahm, als alle Verhandlungen mit England und Frankreich bereits im Sand verlaufen waren (nach der Münchner Verschwörung) und für sie die Gefahr eines 2-Frontenkrieges bei völliger Isolierung drohte (gegen Japan und Deutschland).

Der zweite Pfeiler dieser Einheitsfront war die Politik der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern selbst:

"Eine besonders wichtige Frage der Taktik der Arbeiterklasse, besonders in jenen Ländern, denen unmittelbar ein Überfall droht, ist heute die Stellung ~~xx~~ zur Außenpolitik der Regierung und zur Landesverteidigung.

Der Arbeiterklasse und allen Werktätigen ist es keineswegs gleichgültig, welche Außenpolitik die Regierung gegenüber den faschistischen Friedensfeinden betreibt: ob diese Politik zur Stärkung der kollektiven Sicherheit beiträgt oder ihr hinderlich ist; ob die Regierung den Agenten des faschistischen Angreifers Vorschub leistet oder ~~xxxx~~ gegen sie wirksame Maßnahmen ergreift; wie die in den Reihen der Armee stehenden Söhne des Volkes behandelt, in welchem Geiste sie erzogen werden; aus welchen Elementen das Offizierskorps der Armee sich zusammensetzt; ob im Kampf gegen den faschistischen Feind auf diese Elemente Verlaß ist oder ob sie faschistisch, reaktionär sind; wie die Bevölkerung gegen die Schrecken des Krieges gesichert wird usw." (Dimitroff, ebd.S.10)

Diese Politik konnte nur da richtig und erfolgversprechend durchgeführt werden, wo die Arbeiterklasse strikt auf der Basis ihrer selbständigen Klasseninteressen eingriff und sich nicht zum Anhängsel der Bourgeoisie degradierte: "Die Kommunisten, die betonen, daß nur die proletarische Macht imstande ist, eine zuverlässige Verteidigung des Landes und seine Unabhängigkeit zu sichern, wie es das Beispiel der Sowjetunion anschaulich zeigt,

streben in der Situation einer unmittelbaren Kriegsgefahr, die seitens eines faschistischen Angreifers droht, die Schaffung einer Regierung der Volksfront an. Eine solche Regierung wird, indem sie entschiedene Maßnahmen gegen den Faschismus und die reaktionären Elemente im Lande, gegen die Agenten und Helfershelfer der Friedensfeinde ergreift und die Kontrolle der organisierten Massen über die Landesverteidigung sichert, zur Hebung der Wehrfähigkeit des Volkes gegen die faschistischen Angreifer beitragen.

Da aber heute die Macht in den Händen bürgerlicher Regierungen liegt, die keine Garantie für die wirkliche Verteidigung des Landes bieten und die die bewaffneten Kräfte des Staates gegen die Werktätigen ausnützen, kann die Partei der Arbeiterklasse keinerlei politische Verantwortung für die Verteidigungsmaßnahmen dieser Regierungen tragen und ~~Maximalismus~~ tritt darum gegen die Militärpolitik der Regierung und gegen das Militärbudget im ganzen auf. Dies schließt in konkreten Fällen eine motivierte Stimmenthaltung bei Abstimmungen über einzelne Maßnahmen militärischen Charakters nicht aus, die notwendig sind, um dem faschistischen Angreifer einen Überfall zu erschweren (z.B. Befestigung der Grenzen), ebenso wie es nicht die Stimmabgabe und das Eintreten für solche Maßnahmen ausschließt, die im Interesse des Schutzes der Bevölkerung vor den Schrecken des Krieges geboten sind (Gasunterstände, Gasmasken, Sanitätsdienst usw.)." (Dimitroff, ebd. S. 10 f.)

Der uns hier besonders interessierende Aspekt ist das Vorhandensein eines starken demokratisch-nationalen Elements in dem sich anbahnenden II. Weltkrieg. Es ist gegeben durch die Kriegsziele des Faschismus, die erklärtermaßen in der kolonialen Versklavung einer Reihe lebensfähiger europäischer Nationalstaaten und in der Erringung der Weltherrschaft lagen.

Was bedeutet die koloniale Versklavung eines selbständig lebensfähigen Nationalstaates für die Arbeiterklasse des betroffenen Landes?

Sie bedeutet die völlige Beseitigung der nationalen und demokratischen Rechte des betreffenden Volkes. Sie bedeutet eine erhebliche Verschlechterung der Bedingungen für die soziale Revolution in diesem Land.

Sie bedeutet doppelte und dreifache Unterdrückung und Ausbeutung für die werktätigen Massen. Die nationale Unabhängigkeit ist eine Frage der Demokratie.

"Daß die Verteidigung des Vaterlands zulässig (wenn sie zulässig) ist nur als Verteidigung der Demokratie (in der entsprechenden Epoche), das ist auch meine Meinung." (LW, Bd. 35/S. 225)

Für die Marxisten ist die Frage der nationalen Unabhängigkeit als Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen eine Frage der Demokratie und als solche dem sozialistischen Ziel untergeordnet. Weil die Frage der nationalen Unabhängigkeit für eine Reihe europäischer Nationalstaaten durch die Kriegsziele der Faschisten konkret gestellt war und der Kampf zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Teil des allgemeindemokratischen Kampfes der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den Faschismus und zur Vorbereitung einer Generaloffensive gegen Imperialismus und Reaktion war, widmeten die Kommunisten diesem Aspekt des sich anbahnenden zweiten Weltkrieges von Anfang an größte Aufmerksamkeit. Sie unterschieden diesen Aspekt auf das genaueste von dem bis zum Kriegseintritt der Sowjetunion vorherrschenden imperialistischen Aspekt, der von beiden kriegsführenden Seiten herrührte und auf das entschiedenste bekämpft werden mußte.

In den vom Faschismus bedrohten kapitalistischen Ländern Europas gab es also in der Frage der Vorbereitung dieses Krieges zwei Linien, die den beiden Hauptklassen dieser Länder entsprachen:

1. Diesen Krieg als demokratischen, nationalen, antifaschistischen Krieg zu führen, zur Verteidigung der Demokratie. Diese Linie schlug die Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Parteien ein. Es war die Linie des Kampfes gegen Monopolbourgeoisie und Reaktion, die Linie des Aufbaus der Volksfront für die Verteidigung des Friedens, gegen Hitler, für Brot und Freiheit. Diese Linie entsprach voll und ganz den Interessen des Proletariats sowie aller demokratischen, antifaschistischen und patriotischen Kräfte. In der Befolgung dieser Linie stützten sich die Kommunisten fest auf die Massen, vereinten Prinzipienfestigkeit mit taktischer Elastizität, nützten die Widersprüche im bürgerlichen Lager aus und waren auch dazu bereit, zeitweilige und bedingte Bündnisse mit der Bourgeoisie zu schließen. Hätte sich diese Linie durchgesetzt, z.B. in der Form der Volksfrontregierungen, so wäre der Krieg eines solchen Landes von vornherein gerecht gewesen, auch wenn es sich dabei noch nicht um einen Staat der Diktatur des Proletariats gehandelt hätte.

2. Diesen Krieg als imperialistischen Krieg zur Verteidigung der eigenen imperialistischen Herrschaft gegen die Konkurrenten zu führen. Diese Linie schließt die Möglichkeit der Kapitulation vor dem ausländischen Unterjocher von vornherein ein, sofern man sich davon die Erhaltung der herrschenden Positionen und Besitzprivilegien verspricht (s. das Verhalten der österreichischen, tschechischen und französischen Monopolbourgeoisie). Es war die Linie des Appeasement, die Linie, die zum Münchner Abkommen führte, die Linie der ständigen Versuche, sich mit Hitlerdeutschland auf einen Krieg gegen die Sowjetunion zu verständigen. Diese Linie entsprach den Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie, sie bereitete dem Faschismus den Weg, sie war ihrem Wesen nach antidemokratisch und antinational.

Die Vorbereitung des Krieges gegen den Faschismus war eine Periode heftiger Kämpfe zwischen diesen zwei Linien, eine Periode des heftigen Kampfes zwischen den demokratischen und nationalen Kräften auf der einen und den antidemokratischen und antinationalen Kräften auf der anderen Seite.

In Frankreich und England gewannen bzw. behielten die Monopolkapitalisten die Oberhand. Die Politik der Auslieferung der spanischen Republik, die Politik des Münchner Verrats, die Politik der ständigen Versuche, Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion zu lenken mündete im Krieg. Diese Politik, und keine andere, wurde seitens der Kriegsführenden Staaten gegen Deutschland fortgesetzt. Folgerichtig definierte die Komintern diesen Krieg bei seinem Ausbruch als beiderseits imperialistischen Krieg. Wilhelm Pieck schrieb im Dezember 1939: "Der Krieg zwischen England, Frankreich und Deutschland ist ein imperialistischer Krieg, der von den Kapitalmächten dieser Länder um die Neuaufteilung der Erde geführt wird, ein Krieg, der von den werktätigen Massen nicht unterstützt, sondern auf das schärfste bekämpft werden muß." (aus: Weber H., "Der deutsche Kommunismus, Dokumente 1915-1945", S. 357)

Die Politik der Volksfront unter der Führung der Arbeiterklasse wurde in den von den Faschisten okkupierten Gebieten ebenfalls fortgesetzt, wo am Aufbau einer nationalen Front gegen den Aggressor gearbeitet wurde.

Der 2. Weltkrieg begann also als beiderseits ungerechter, imperialistischer Krieg. Von Anfang an enthielt er jedoch auch Elemente eines gerechten, antifaschistischen Krieges seitens der gegen Deutschland und Japan kämpfenden Völker. Diese Elemente wuchsen an und wurden insbesondere durch den Kriegseintritt der Sowjetunion entschieden verstärkt. Der Kriegseintritt der Sowjetunion bezeichnete den qualitativen Sprung in der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den antifaschistischen Befreiungskrieg der Anti-Hitlerkoalition der Völker und Staaten, Nach wie vor war das imperialistische Element noch vorhanden, war aber nicht mehr vorherrschend.

Genau auf diesen Punkt hat Genosse Stalin treffend hingewiesen, als er in seiner "Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirktes der Stadt Moskau" auf die Frage des Ursprungs und des Charakters des II. Weltkrieges einging: "Es wäre falsch zu glauben, daß der 2. Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden ist, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus... Die Sache ist nämlich die, daß die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder im Laufe der Zeit gewöhnlich zu einer jähen Störung des Gleichgewichts innerhalb des Weltsystems des Kapitalismus führt, wobei die Gruppe kapitalistischer Länder, die sich mit Rohstoffen und Absatzmärkten für weniger gut versorgt hält, gewöhnlich Versuche unternimmt, die Lage zu ändern und die 'Einflußsphären' zu ihren Gunsten neu aufzuteilen - und zwar durch Anwendung von Waffengewalt. Das Ergebnis ist die Spaltung der kapitalistischen Welt in zwei feindliche Lager und der Krieg zwischen ihnen.

.... So kam es infolge der ersten Krise des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaftskrise zum ersten Weltkrieg und infolge der zweiten Krise zum zweiten Weltkrieg.

Das heißt natürlich nicht, daß der 2. Weltkrieg eine Kopie des ersten ist. Im Gegenteil, der 2. Weltkrieg unterscheidet sich seinem Charakter nach wesentlich vom ersten. Man muß berücksichtigen, daß die ausschlaggebenden faschistischen Staaten - Deutschland, Japan, Italien -, ehe sie die verbündeten Länder überfielen, bei sich zu Hause die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Freiheiten vernichteten, bei sich zu Hause ein brutales Terrorregime aufrichteten, das Prinzip der Souveränität und freien Entwicklung der kleinen Länder mit Füßen traten, die Politik der Eroberung fremder Gebiete als ihre eigene Politik verkündeten und vor aller Welt erklärten, daß sie die Weltherrschaft und die Ausdehnung des faschistischen Regimes auf die ganze Welt anstrebten, wobei die Achsenmächte durch die Annexion der Tschechoslowakei, und der Zentralgebiete Chinas zeigten, daß sie bereit sind, ihre Drohung wahrzumachen, d.h. alle freiheitsliebenden Völker zu versklaven. Infolgedessen nahm der 2. Weltkrieg gegen die Achsenmächte, zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an, dessen Aufgabe denn auch

die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten war. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges lediglich verstärken und hat ihn auch tatsächlich verstärkt." (Stalin, "Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung", S.259ff.)

Die Linie im Kampf um nationale Unabhängigkeit: Klassenkampf, nicht Klassenfrieden!

Der Kampf zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der kleinen und schwachen europäischen Länder gegen den Hitlerfaschismus stellte sich im Zuge der Vorbereitung der Arbeiterklasse auf den 2. Weltkrieg als Teilfrage von großer Bedeutung. Auf dem VII. Weltkongreß wurde diese Frage ausführlich behandelt (von fast allen Rednern in der Diskussion zum Bericht Togliattis, besonders in der Rede des holländischen Delegierten De Deeuw sowie im Schlußwort Togliattis zu dieser Diskussion). Genosse Koplenig hat zu dem selben Thema ua. auf der Reichskonferenz der KPÖ im August 1937 Stellung genommen (Koplenig, Reden und Aufsätze 1924-1950, Wien 1951, S.81-88).

Besonders gut kann man diese Frage aber an der Rede des Genossen Klement Gottwald auf dem 7. Parteitag der KPTsch (April 1936) studieren. Da mir ein deutscher Text nicht zur Verfügung stand, übersetze ich hier aus dem italienischen ("I fronti popolari in Europa", edizione movimento studentesco, S.182-194):

"Für die Tschechoslowakei stellt die aggressive und kriegerische Politik des faschistischen Deutschland eine besonde schwere Gefahr dar. Wenn es Hitler gelinge würde, seine Pläne zu verwirklichen, so würde das für das tschechische Volk den Verlust der nationalen Unabhängigkeit bedeuten....

Was ist unsere Haltung, die Haltung der kommunistischen Partei, angesichts der Bedrohung, die der deutsche Faschismus für die Tschechoslowakei darstellt? Man muß ganz deutlich und unmißverständlich erklären, daß die Haltung, die die kommunistische Partei angesichts der Bedrohung, die der Hitlerfaschismus für die Tschechoslowakei darstellt, die Haltung der Verteidigung der Tschechoslowakei gegen Hitler, der Verteidigung der Tschechoslowakei gegen den Faschismus ist. Warum haben wir das nicht schon, sagen wir, vor vier Jahren gesagt und warum sprechen wir heute von der Verteidigung der Republik gegen den Faschismus?

Nun, wir haben es ganz einfach deshalb nicht getan, weil die Tschechoslowakei vor vier Jahren nicht vom ausländischen Faschismus bedroht war. Das ist der hauptsächliche Grund ... Heute regiert in Deutschland Hitler, heute hat Hitler+Deutschland die +in+ Frage der Teilung Europas und der Welt mit gewaltsamen, blutigen Mitteln, mittels des Krieges auf die Tagesordnung gesetzt und dabei richtet er seine schärfsten Angriffe nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gegen die kleinen Nationen und Staaten Mittel- und Osteuropas."

Gottwalds geht danach auf die "linken" Kritiker der Taktik der Kommunistischen Partei ein:

"Sie sagen uns: !Wenn ihr euch auf die Position der Verteidigung der Republik begeben, dann werdet ihr notwendigerweise bei einer Position des Klassenfriedens landen, dann werdet ihr notwendiger-

weise bei einer Position der Klassenzusammenarbeit landen, dann werdet ihr notwendigerweise bei einer sozialdemokratischen Position landen! Kein Zweifel, Genossen, daß die Verteidigung der Republik gegen den Faschismus als Klassenfrieden mit der eigenen Bourgeoisie interpretiert werden kann, daß sie als Reformismus und Sozialpatriotismus interpretiert werden kann. Aber es muß nicht so sein, und die Kommunisten interpretieren dieses Problem auch nicht auf solche Weise. Eine einfache Betrachtung zeigt uns, daß die Verteidigung der Republik gegen den Faschismus nicht den erklärten Frieden mit unserer Bourgeoisie bedeutet, daß die wirksame Verteidigung der Republik den Klassenfrieden auch gar nicht bedeuten kann. Schaut, was die Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung des Landes gegen den Faschismus sind. Zuallererst die Befriedigung der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land.

Wie kann man die Republik verteidigen, wenn man das Volk ausraubt indem man es bis auf den letzten Blutstropfen aussaugt? Es ist klar, daß man im Interesse der wirksamen Verteidigung der Republik dem Volk das seine geben muß. Zweitens die Freiheit, größere demokratische Rechte, Demokratisierung des gesamten Regimes, kurz Gewährung von Rechten an das werktätige Volk. Wie kann man tatsächlich die Republik verteidigen, wenn man sie in ein Zuchthaus fürs Volk verwandelt? Drittens Schutz der nationalen Rechte, nationale Gleichberechtigung aller Nationen der Tschechoslowakei, Wie kann man die Republik verteidigen, wenn es Diskriminierung gibt? Viertens die Demokratisierung des Heeres, seine Säuberung von den faschistischen Generälen, vollste bürgerliche und demokratische Rechte für die Soldaten. Wie kann man die Republik gegen Hitler verteidigen, wenn sich in ihrem Inneren seine Anhänger finden?

Das sind die vier grundlegenden Bedingungen für die Verteidigung der Republik gegen den Faschismus. Was macht die Bourgeoisie, welche Haltung nimmt sie bezüglich dieser Fragen ein? Sie ist dagegen! Daraus folgt, daß einzig und allein der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie in diesen Fragen es ermöglichen kann, die Bedingungen für eine wirksame Verteidigung der Republik herzustellen....

Und im Falle eines Krieges, Genossen? Wie würde ihn die Bourgeoisie führen? Wie würde sie diesen Krieg führen? Nehmen wir an, Hitler greift die Tschechoslowakei an.

Wir können uns bis heute bestens vorstellen, was das Verhalten der Bourgeoisie sein wird. V.a. wird sie die Sache als Geschäft betrachten, zweitens wird sie das Volk gänzlich an die Kette nehmen wollen, drittens wird sie

Verrat begehen und kapitulieren. Wenn das werktätige Volk der Tschechoslowakei den Herren die Möglichkeit zum Verrat geben wird, dann werden sie im Kriegsfall diesen Verrat ganz gewiß begehen. Damit der Krieg Erfolg hat, muß der Krieg gegen Hitler in genau entgegengesetzter Weise geführt werden. Dieser Krieg kann nur auf einer Klassenbasis geführt werden, nach dem Beispiel der Jakobiner. Das bedeutet, dem Volk die Freiheit zu geben, ihm die Möglichkeit zu geben, die Reaktionäre zu kontrollieren und davonzujagen, die Verräter, die versteckten und erklärten Agenten Hitlers in den Fabriken, in den Büros, im Heer und überall.

Es bedeutet dem Volk Brot zu geben, alle seine Forderungen zufriedenzustellen. Nur unter diesen Bedingungen, nur mit diesen Methoden kann ein Krieg gegen Hitler mit Erfolg geführt werden.

Und alles das, Genossen, heißt Klassenkampf, und nicht Klassenfrieden!"

Nach der Besetzung Österreichs konzentrierten sich die deutschen Faschisten auf die "Heimführung" der Sudetendeutschen. Die deutschen Truppen massierten sich an der tschechischen Grenze. Die Kommunistische Partei rief noch einmal die Massen zum Kampf, aber die Regierung verharnte in ihrer Urtätigkeit. Sie wandte sich an die "demokratischen" Regierungen Frankreichs und Englands in der Hoffnung um Hilfe. Chamberlain und Daladier trafen sich mit Hitler und Mussolini in München, um über das Schicksal der Tschechoslowakei zu befinden. Die Westmächte lehnten jede verbindliche Garantie der Grenzen der Tschechoslowakei ab. Allein die Sowjetunion stand zu ihren Bündnispflichten und mobilisierte ihre Truppen für den Bündnisfall. Doch die tschechoslowakische Monopolbourgeoisie lehnte das Hilfsangebot ab und nahm das Münchner-Diktat unter Verfassungsbruch an. Das entsprach voll und ganz ihrem Wesen, ihrer durch und durch reaktionären und antinationalen Politik. Auf der Basis des Münchner Abkommens besetzte Hitler mit der Zustimmung Englands und Frankreichs einen Großteil der Tschechoslowakei und unterstellte den Rest seinem Protektorat.

Aber nicht nur die Bourgeoisie, auch die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen setzten nach dem Kriegsausbruch ihre Politik fort. In konsequenter Verfolgung ihrer korrekten Linie begann die KPTsch mit dem Aufbau der Nationalen Front. Der bewaffnete Kampf verbreitete sich und gewann gegen Kriegsende Massenumfang. Im Frühjahr 1945 erhob sich die Stadt Prag und verjagte die 50.000 Soldaten der deutschen Garnison. Bei den Wahlen 1946 war die KPTsch stimmenstärkste Partei. Unter der Führung der Kommunisten ging die Tschechoslowakei den volksdemokratischen Weg. Die Richtigkeit der Linie des Kampfes gegen den Faschismus und Reaktion, für Demokratie und nationale Unabhängigkeit, für Brot, Arbeit und Freiheit wurde von der Geschichte vollauf bestätigt.

II. Teil

Die Einteilung der Welt in drei Welten - eine Analyse von größtem strategischen Wert

Die Marxisten-Leninisten sind seit der Herausbildung des Imperialismus und der siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution stets (s. Stalin, Grundlagen des Leninismus, Oberbaumvlg., S. 11ff; s. Polemik über die Generallinie, S. 7f, s. Bericht am 9. PT d. KPCh) der Ansicht, daß wir uns in der geschichtlichen Epoche befinden, in der der Imperialismus seinem weltweiten Untergang, der Sozialismus aber seinem weltweiten Sieg entgegengeht. Diese Epoche ist durch folgende vier große Widersprüche bestimmt:

1. Dem Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern
2. Dem Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus
3. Dem Widerspruch zwischen dem (den) sozialistischen Staat (Staaten) und dem Imperialismus
4. Dem Widerspruch zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen.

Die Existenz und Entwicklung dieser Widersprüche führt unweigerlich zur Revolution. Alle diese Widersprüche können nicht anders als durch die Revolution gelöst werden. Weiters: "Der Imperialismus führte nicht nur dazu, daß die Revolution praktisch unvermeidlich wurde, sondern auch dazu, daß für den unmittelbaren Sturm auf die Festen des Kapitalismus günstige Bedingungen geschaffen wurden." (Stalin, Grundlagen, S.13) Die allgemein historische Entwicklungstendenz in der Welt läßt sich daher folgendermaßen charakterisieren: "Der Feind verfault mit Tag zu Tag, während es uns täglich besser geht." (Mao Tse-tung)

Die revolutionären Prinzipien, nach denen sich die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker in der gesamten Epoche des Imperialismus und der proletarischen Weltrevolution (seit Errichtung des ersten sozialistischen Staates) richten, wurde von den chin.Genossen folgendermaßen präzise zusammengefaßt: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch; Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; festigt und stärkt das sozialistische Lager (das sozialistische Land, die sozialistischen Länder; Sch.); realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; und errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem." (Polemik, S.5f.)

Diese Aussagen sind prinzipieller Natur, sie gelten für die gesamte Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Können sich die Kommunisten damit begnügen, diese Prinzipien in aller Welt zu verkünden? Das können sie nicht. Sie müssen, ausgehend von den vier epochalen Widersprüchen international und nationale genau untersuchen, wieweit und in welcher Form sich diese Widersprüche jeweils entwickelt haben. Sie müssen die revolutionären Prinzipien zur Leitlinie ihres Eingreifens in jeweils konkrete, mannigfaltige Situationen nehmen. Sie müssen sich, der strategischen Schwäche des Feindes bewußt, klar werden über seine taktische Stärke, sie müssen die Kräfteverhältnisse richtig einschätzen und die richtige Taktik einschlagen. Tun sie das nicht, suchen sie nicht die Wahrheit in den Tatsachen, dann sind sie Dampfplauderer, Salonbolschewiki und werden niemals zu Führern der Massen werden.

In den aktuellen Auseinandersetzungen in unserer Organisation geht es nicht darum, daß die eine Seite die Prinzipien des Marxismus-Leninismus anerkennt, während sie die andere Seite über Bord wirft. Darum ist es in den Auseinandersetzungen mit den Modernen Revisionisten gegangen. In den aktuellen Auseinandersetzungen geht es darum, wie wir entsprechend diesen Prinzipien heute Politik machen sollen. In der Anwendung, nicht im Hinausposaunen der revolutionären Prinzipien wird sich richtig und falsch herausstellen, auf dieser Ebene muß daher der Meinungskampf geführt werden.

Die ungleichmäßige Entwicklung, die dem Kapitalismus zu eigen ist, bewirkt eine ungleichmäßige Entwicklung der unsere Epoche bewegenden Widersprüche. Im besonderen sind es zwei der großen Widersprüche, die sich heute schneller und stärker entwickeln:

1. der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus
2. der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und der Widerspruch zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen.

Eines der grundlegendsten Merkmale der internationalen Lage nach dem 2. Weltkrieg ist das Erstärken der unterdrückten Nationen. In den weiten Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben die Völker und Nationen ihren Kampf gewaltig verstärkt. Die alten Kolonialreiche sind unter ihren gewaltigen Schlägen zusammengebrochen. Die größten Siege wurden in China, Korea und Indochina errungen. Die unterdrückten Nationen sind nicht mehr bloß eine Reserve, sie sind selbst eine große Triebkraft des weltrevolutionären Prozesses geworden. Das Sturmzentrum der Weltrevolution liegt heute in der 3. Welt.

Der USA-Imperialismus, der aus dem 2. Weltkrieg als eindeutig führende imperialistische Macht hervorgegangen war und fast überall das Erbe der alten imperialistischen Oberherren angetreten hatte, wurde durch die Schläge der nationalen Befreiungsbewegungen stark in Mitleidenschaft gezogen. China, Korea, Indochina - das waren die bisherigen Hauptetappen seines unaufhaltsamen Untergangs. Die Imperialisten verhalten sich jedoch wie wilde Tiere: je mehr sie in die Enge getrieben werden, desto wütender beißen und schlagen sie um sich. Sein Abstieg macht den USA-Imperialismus um nichts friedlicher.

Mit der Machtergreifung der Revisionisten in der Sowjetunion hat der 1. sozialistische Staat seinen Klassencharakter geändert. Er ist aus einem Bollwerk des Friedens und des Sozialismus zu einem sozialimperialistischen Staat, zu einer Festung der Weltreaktion geworden. Im Gefolge der kapitalistischen Restauration in der SU wechselten alle europäischen Volksdemokratien, mit Ausnahme der VR Albanien die Farbe. Das sozialistische Lager, das nach Ende des 2. Weltkrieges kurzfristig existierte, hat zu bestehen aufgehört. Den Revisionisten gelang es weiters, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten. In den europäischen Ländern haben die Arbeiter dadurch ihre Führung verloren. In keinem einzigen europäischen Land, mit Ausnahme Albaniens, stehen die Arbeiter und die Volksmassen heute unter der Führung prinzipienfester und kampferprobter marxistisch-leninistischer Parteien. Alles das hat dazu geführt, daß heute in Europa gegenwärtig und vorübergehend das Kräfteverhältnis relativ günstig für die Imperialisten, relativ ungünstig für die Arbeiterklasse aussieht. Es besteht allerdings kein Zweifel, daß die Faktoren für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses (besonders seit dem Ende der 60er Jahre) heranwachsen.

In der sozialimperialistischen Sowjetunion ist den USA ein mächtiger imperialistischer Konkurrent erwachsen, der überall in der Welt, besonders aber in Europa, mit ihnen um die Hegemonie ringt. Das Ringen der beiden Supermächte wird unvermeidlich zum Krieg zwischen ihnen führen. Aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus hat sich das westliche imperialistische Lager, das das früher unbestritten eine Domäne der USA war, zersplittert. Im Verhältnis zu den beiden Supermächten sind die restlichen imperialistischen Mächte jedoch im Kampf um die Welthegeemonie hoffnungslos auf den zweiten Platz verwiesen.

Genosse Mao Tse-tung hat die seit dem 2. Weltkrieg vor sich gegangenen Veränderungen in der Welt einer gründlichen Klassenanalyse unterzogen und daraufhin die Welt in 3 Welten eingeteilt. Diese Analyse wurde vom Leiter der chin. Delegation bei der 6. Sondertagung der UNO-Vollversammlung im April 1974 erstmals an die Weltöffentlichkeit gebracht. Diese Einteilung der Welt in 3 Welten ist keine überflüssige Fleißaufgabe, die die Chinesen auf sich genommen haben. Sie ist eine wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage, ausgehend von der Entwicklung der vier großen Widersprüche. Diese Analyse ist von größtem strategischen Wert für die weitere Entfaltung der Weltrevolution. Ohne diese Analyse ist es unmöglich, die Taktik einzuschlagen: die Widersprüche ausnützen, die Mehrheit gegen die Minderheit gewinnen, die Feinde einzeln schlagen. Die Anerkennung der Bedeutung und der Richtigkeit dieser Analyse ist die Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer korrekten politischen Linie unter den gegebenen Bedingungen der internationalen Lage. Es ist kein Wunder, daß diese Theorie von den Imperialisten und Reaktionären aufs schärfste bekämpft wird. Es ist kein Wunder, daß sie von den Modernen Revisionisten als "unmarxistisch" verleumdet wird. In den Reihen der Marxisten-Leninisten führt jede Entstellung dieser Analyse, jedes Herunterspielen ihrer Bedeutung unweigerlich zum Renegatentum.

Auf der Grundlage der Analyse der 3 Welten basiert die Politik der internationalen Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, insbesondere seitens der beiden Supermächte. Die Hauptfeinde der internationalen Einheitsfront sind die beiden Supermächte, die Hauptkraft der internationalen Einheitsfront ist die 3. Welt, die führende Kraft ist die Arbeiterklasse aller Länder. Es ist seit jeher die Taktik der Kommunisten, jeweils die Mehrheit gegen die Minderheit zu gewinnen, die Widersprüche auszunützen und die Feinde einzeln zu schlagen. In der gegenwärtigen internationalen Situation muß die Spitze des Kampfes aller Völker der Welt gegen die beiden Supermächte und insbesondere gegen den Sozialimperialismus gerichtet werden, international gesehen sind sie die Hauptfeinde, international gesehen müssen alle Kräfte gewonnen werden, und seien sie noch so unzuverlässig und schwankend, die dazu beitragen können, die Supermächte zu isolieren und zu schlagen. International gesehen sind heute beispielsweise der Schah von Persien und Bruno Kreisky als die ersten Vertreter der herrschenden Klasse ihrer Länder Nebenfeinde, was nichts daran ändert, daß sie für die Völker dieser Länder, die um Befreiung ringen, Hauptfeinde sind. In dem Maße nun, in dem das persische und das österreichische Volk ihren herrschenden Klassen und damit ihrem unmittelbaren Feind schwere Schläge versetzen, stärken sie die Hauptkraft und die führende Kraft der internationalen Einheitsfront, schwächen sie die gegenwärtigen Nebenfeinde der Weltrevolution und tragen sie somit dazu bei (sofern sie in ihren Kämpfen die richtige Linie einschlagen, die sich in die internationale Einheitsfront einreicht), daß sich der Kampf gegen die Hauptfeinde noch stürmischer entfaltet und die Widersprüche zwischen den Haupt- und den Nebenfeinden international noch besser ausgenützt werden können. Die gegenwärtige internationale Lage ist äußerst kompliziert und erfordert, daß die Kommunisten jedes einzelnen Landes sich sehr gründliche Klarheit verschaffen und sich die Fähigkeit erarbeiten, die Linie des Kampfes gegen die jeweiligen

Ausbeutung und Unterdrückung richtig in die internationale Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, insbesondere seitens der beiden Supermächte, einzuordnen. Gelingt ihnen das nicht, werden sie unweigerlich Schiffbruch erleiden. Das Ringen der beiden Supermächte führt unweigerlich zum Krieg.

"Der Inhalt imperialistischer Politik ist die Welthegeemonie, und die Fortsetzung dieser Politik ist der imperialistische Krieg. Da die beiden Supermächte um die Welthegeemonie rivalisieren, sind ihre Widersprüche unversöhnlich. Entweder überwältigt die eine die andere oder umgekehrt... Die Supermächte setzen derart heftig und wahnwitzig ihre Aufrüstung fort, daß es eines Tages zu einem Krieg kommen muß. Das ist unabhängig vom Willen der Menschen.

Die Supermächte sind der Herd eines neuen Weltkrieges, die Kriegsgefahr droht vor allem von seiten des ambitiösen Sozialimperialismus... Wir hoffen, daß alle Völker der steigenden Gefahr eines neuen Weltkrieges gegenüber ihre Wachsamkeit erhöhen und Vorbereitungen treffen. Vorbereitet sein ist besser als unvorbereitet zu sein. Keine Vorbereitungen zu treffen, wird teuer zu stehen kommen. Die Supermächte sind scheinbar stark, ihrem Wesen nach sind sie aber schwach und ganz isoliert. Je mehr Untaten sie verüben, desto deutlicher stellen sie sich bloß und umso stärker werden die Völker der Welt Widerstand leisten. Heute vermehren sich im Weltmaßstab sowohl die Faktoren für die Revolution als auch für den Krieg. Ganz gleich ob der Krieg die Revolution auslöst oder die Revolution den Krieg verhindert, die internationale Lage entwickelt sich stets zugunsten der Völker (Tjiao Guan-Hua, PR 40/75, S. 11)

Die Aussage der chin. Gen. über die 1. Welt, ihr Verhältnis zu den Völkern der Welt und ihr Verhältnis untereinander sind klar:

1. Die beiden Supermächte sind die größten Feinde aller Völker der Welt. Sie sind mit Abstand die größten Ausbeuter und Unterdrücker. Sie sind es, die miteinander um die Welthegeemonie rivalisieren. Diese Rivalität führt unvermeidlich zum imperialistischen Krieg, das ist vom Willen der Menschen unabhängig. Die Gefahr dieses Krieges, der von den beiden Supermächten geführt werden wird, ist heute die größte Gefahr für die Völker der Welt. Alle Völker müssen sich daher darauf vorbereiten. Jede Unterschätzung dieser Gefahr wird schwere Folgen nach sich ziehen. Jedoch muß man von ihrem Wesen her, aus einer langen Perspektive, in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind - als Papiertiger." (Mao Tse-tung). Deshalb sind die Zukunftsaussichten auf jeden Fall glänzend. Selbst dann, wenn erst der Krieg die Rev. auslöst, entwickelt sich die intern. Lage zugunsten der Völker.

2. Von den beiden Supermächten ist die Sowjetunion die gefährlichere. Sie ist gegenüber der USA in der Offensive. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten verändert sich militärisch zunehmend und im beschleunigten Tempo zugunsten der Sowjetunion. Die Sozialimp. haben auf fast allen Gebieten mit der USA militärisch gleichgezogen und sie auf vielen Gebieten bereits eindeutig überrundet. Sie beschleunigen die Kriegsvorbereitung auf allen Ebenen, weil sie den USA wirtschaftlich, finanziell, technisch unterlegen sind und nur durch Verstärkung in ihrer Militärmacht der Realisierung ihrer Weltherrschaftspläne näher kommen können. Die gesamte sowjetische Volkswirtschaft

ist bereits eine Kriegswirtschaft eigener Art. "Der Grad der Konzentration und Monopolisierung der heimischen Wirtschaft ~~xxx~~ durch die Handvoll bürokratischer Monopolkap. in der Sowjetunion ist unvergleichlich höher als der des privaten und staatlichen Monopolkapitals in irgendeinem kapitalimperialistischen Land. Daher die verzweifelte Anstrengungen, alle ihre Konkurrenten aus der Welt zu schaffen." (PR 5/76;S6)

Das hochkonzentrierte staatsmonopolistische Kapital ist mit dem faschistischen Staatsapparat aufs engste verbunden. In der Sowjetunion herrscht eine Diktatur in der Art des deutschen Faschismus, eine Diktatur in der Art von Hitler. Die sowjetischen Revisionisten folgen sowohl innen als auch außenpolitisch den Weg Hitlers. Die Sowjetunion ist faschistisch. Sie strebt danach, ihre faschistische Tyrannei in der ganzen Welt zu errichten. Die Sowjetunion ist heute der Hauptfeind der Völker der Welt.

3. Die Sowjetunion ist die aufsteigende, die USA sind die absteigende imper. Macht, Daraus darf keineswegs der Schluß gezogen werden, die Sowjetunion sei für den Krieg, die USA hingegen seien für den Frieden. Die USA betreiben durchaus keine Friedenspolitik. In der Verteidigung ihres Hegemoniebereiches gegenüber der SU sind sie gezwungen, sich überall in der Welt einzumischen und zum Gegenangriff vorzugehen. In der Verteidigung ihrer imper. Herrschaft sind sie gezwungen, überall gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, gegen die rev. Völker vorzugehen.

Die Dritte Welt ist die ~~xxxxxxxxxxxx~~ Haupttriebskraft

Die erste Welt ist das Zentrum des Imper. und der Reaktion.

Die dritte Welt ist ihr Gegenpol, sie ist das Zentrum des Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus.

Die dritte Welt die seit Jahrzehnten der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung seitens des Imperialismus ausgesetzt ist,

ist heute die Hauptkraft der ~~Rxxx~~ Weltrevolution!" Es ist historisch unvermeidlich für die Dritte Welt, zu einer rev. Triebfeder zu werden, die das Rad der Weltgeschichte vorantreibt.

Marxisten sind immer der Ansicht, daß die unterdrückten Nationen der Welt ein unerschöpfliches rev. Potential in der Ära des Imperialismus und der Proletarischen Revolution haben. Sie haben die größte Bevölkerung, aber sie wurden am grausamsten unterdrückt.

Deshalb werden sie selbstverständlich die größte rev. Rolle in der Sache der Völker der Welt spielen, den Imperialismus zu zerschmettern. ... Die nat. Befreiungsbewegungen aller

Länder haben sich zum direkten Schlag gegen die Imperialisten, insbesondere gegen die Supermächte, vereinigt... Das Hervortreten der Dritten Welt und das Anwachsen ihrer Kraft sind ein Ausdruck der weiteren Annäherung der beiden großen histor. Stömungen - der sozial. Revolutionären Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika...

Die zahlreichen Länder der dritten Welt, die heute dafür kämpfen, die noch verbleibenden Kräfte des Kolonialismus auszutrotten, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und die nationale Unabhängigkeit zu festigen, sind die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, vor allem gegen die Supermächte...

In der heutigen Welt sind nicht die Supermächte wirklich mächtig, sondern die dritte Welt und die Völker aller Länder, die sich zusammenschließen und zu kämpfen wagen" (Jen Gu-ping, die Dritte Welt- Große Triebkraft für das Fortschreiten d. Weltgeschichte, PR 44/74, S.6-9)

In der Dritten Welt finden die heftigsten revolutionären Kämpfe der Völker und Nationen statt, unter den Staaten der Dritten Welt ist der Kampf um Unabhängigkeit am stärksten entwickelt. Unter dem Druck der Völker einerseits, angesichts der tiefgreifenden Kriege des Weltimperialismus andererseits hat sich besonders der Kampf der Entwicklungsländer um nationale Unabhängigkeit stark entwickelt. Sogar erzreaktionäre Regimes sind gezwungen, Maßnahmen im Interesse der nat. Unabhängigkeit zu setzen. So z.B. der blutdürstige Marcos, der die militärische Präsenz der USA auf den Philippinen eingeschränkt hat. Oder Sadat, der den Kampf gegen den Zionismus sabotiert und mit Waffengewalt gegen streikende Arbeiter vorgeht, jedoch den vom Sozialimp. diktierten Vertrag zerrissen hat. Gegen den Willen werden diese vom Volk gehaßten Tyrannen also zum Vollstrecker- zum schwankenden, halbherzigen, unzuverlässigen, aber immerhin zum Vollstrecker-, dieses teils der revolutionären Strömung, den die Chinesen "Staaten wollen die Unabhängigkeit" nennen. Es ist das eine sehr neue Erscheinung in der Geschichte, die bis vor einigen Jahren wohl unvorstellbar gewesen wäre.

Inzwischen ist das innerhalb der ml-Bewegung klar, daß die auftretenden Widersprüche zwischen den Imperialisten und ihren Kreaturen in der Dritten Welt auszunutzen sind. Und zwar nicht nur durch die Außenpolitik der soz. Staaten, sondern natürlich auch von den Völkern der betreffenden Länder selbst. Kein Revolutionär wird daraus den Schluß ziehen, daß man deshalb den revolutionären Kampf gegen die reaktionären herrschenden Cliquen in diesen Ländern nicht mehr unterstützen dürfe, oder sich die Völker dieser Länder den Herren Marcos, Sadat oder wie sie alle heißen unterordnen und auf den Kampf um deren Sturz verzichten sollen. Im Gegenteil jeder Revolutionär wird daraus den Schluß ziehen, daß die Völker in ihren Druck gegen die inneren Reaktion im Interesse des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit verstärken müssen, daß sie die herrschende Clique gerade wegen ihrer klassenmäßigen Inkonsistenz dabei angreifen und bekämpfen müssen. Daß die Regierung Thailands Maßnahmen zur Einschränkung der USA-Präsenz im Land setzt, ist gut, und jeder revolutionär, ganz gleich welchen Landes, wird diese Maßnahmen unterstützen. Noch besser jedoch, wird er sagen ist es, wenn die KP Thailands den bewaffneten Kampf siegreich beendet und die Volksmacht im ganzen Land errichtet wird.

es ist jedoch keineswegs so, daß die bloße Entfaltung der Volkskämpfe notwendigerweise bereits eine Stärkung der nationalen Unabhängigkeit eines Landes mit sich führt. Nehmen wir das Beispiel des Sudan. die Haltung der chinesischen Regierung zur Niederschlagung des Putsches durch Nimeri hat damals auch in unseren Reihen große Verwirrung gestiftet. Ich war damals auch der Meinung, daß die Regierung der VR-China in dieser Frage einen Fehler begeht und das auch öffentlich gesagt. Inzwischen habe ich meine Ansicht geändert. Am 19. Juni 1971 putschten im Sudan bekanntlich Militärs, die von den Sozialimperial. unterstützt wurden. Diesem Putsch war eine Phase heftiger Massenkämpfe gegen Nimeri vorausgegangen. Die Massen standen unter der Führung der sozialimp. Mahoub-Clique und der rev. Gewerkschaften und erhofften sich von dem Putsch die Erfüllung ihrer berechtigten sozialen Forderungen. Nimeri schlug den Putsch nieder und schritt zur blutigen Liquidierung der Massenbewegung. Im Dez. desselben Jahres reiste er nach Peking. Auf dem Bankett zu Ehren der sudanesischen Gäste sagte Tschu-en-lai:

" Wir haben voll Freude gesehen, das das sudanesishe Volk seit der sudanesischen Mairevolution unter der Führung von Präsident Nimeri ununtrebrochen Erfolge erzielte, sowohl bei der Liquidierung der Kolonialkräfte, bei der aufrechterhaltung seiner nation. UNabhängigkeit und staatlichen Souveränität wie bei der Entwicklung seiner nationalen Wirtschaft. Die sudanesishe Regierung und das sudanesishe Volk haben in diesem Jahr nochmals erfolgreich ein ausländisches Komplott durchkreuzt." (PR 52/;1971)

Gen. Tschu-En-lai ging dabei richtigen Einschätzung aus, daß die nationale UNabhängigkeit des Sudans bei Nimeri wesentlich besseren Händen ist als bei einer Clique prosowjetischer Offiziere die das Land in eine Neikolonie des Sozialimp. umwandeln würden auch wenn diese Putschisten keine von den revisionisten demagogis chirgeleitete Massenbewegung hinter sich haben. Wir müssen stets im Auge behalten, daß der sowjetische Sozialimp. aufgrund seiner Herkunft und seiner Verbindungen mit den Revisionisten in alller Welt über bessere Möglichkeiten verfügt, in die Reihen der nationalen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterbewegung einzudringen als je ein Imp. vor ihm. Die Völker der Welt müssen vor beiden Supermächten auf der Hut sein und gegen beide kämpfen. Sie müssen daher sehr genau darauf achten, daß die Niederlage, die sie einer Supermacht oder der eigenen herrschenden Klasse zufügen, nicht von der anderen Supermacht dazu ausgenützt wird, um sich stattd der anderen in den Sattel zu schwingen. Das eben heißt den Wolf bei der Vordertür hinausjagen ohne den Tiger bei der Hintertür hereinzulassen.

Die Völker lernen durch ihre eigenen Erfahrungen, besonders durch die negativer Natur. Je mehr die Supermächte ihre kriegstreiberische Rivalität entfalten, desto stärker wird der Widerstand gegen den Hegemonismus anwachsen, desto umfassender wird sich die revolutionäre Strömung "Staaten wollen die UNabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution" entwickeln. Die Ereignisse in Bangla-Desh, Portugal und Angola sind hervorragende Lehrmeister im negativen, sie lehren die Völker, die Linie des Kampfes gegen die beiden Supermächte einschlagen. Es ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die Massen im Geiste des Kampfes zuerziehen und sie davor eindringlich zu warnen, bloß einen Feind zu sehen und so in die vom anderen Feind gestellte Falle Hineinzutappen.

Europa ist ein Teil der Zweiten Welt

"Bei den entwickelten Ländern zwischen den Supermächten und den Entwicklungsländern liegen die Dinge kompliziert. Einige von ihnen unterhalten zu den Ländern der Dritten Welt heute noch kolonialistische Beziehungen in verschiedener Form, und ein Land wie Portugal übt sogar weiterhin eine barbarische Form der Kolonialherrschaft aus. Diesem Zustand muß ein Ende gesetzt werden. Gleichzeitig unterstehen alle diese entwickelten Länder selbst in verschiedenem Maße der Kontrolle, Bedrohung oder Tyranisierung durch die eine oder andere Supermacht. Gewisse dieser Länder werden unter dem Vorwand einer sogenannten "Völkergemeinschaft" von einer Supermacht in der Tat und in Wahrheit zu Vasallenstaaten gemacht. Diese Länder haben in verschiedenem Maße den Wunsch, die Versklavung oder Kontrolle durch die Supermächte loszuwerden und die staatliche Unabhängigkeit und Integrität ihrer Souveränität zu schützen" (PR 15/ 1974)

Wir beschränken uns hier auf die Lage im westlichen Teil Europas. Westeuropa besteht aus einer Reihe mittlerer und kleiner Länder, die unter der Diktatur des Monopolkap. stehen. es handelt sich also um Unterdrückernationen und imp. Staaten. Das nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse in allen diesen Ländern ist die Eroberung der Politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Das ergibt sich notwendig aus dem erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung.

In diesem Kampf haben die Arbeiter der westl. europ. Länder drei eigene Bourgeoisie, alle ausländischen Imperialisten und unter ihnen besonders die beiden Supermächte als Feinde, wobei der sowjetische Sozialimp. der gefährlichste äußere Feind ist. In diesem Kampf hat sie Freunde in Gestalt aller übrigen ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen des Landes, in der internationalen Arbeiterklasse, den sozialistischen Staaten, den unterdrückten Nationen. Der Beitrag den die Arbeiterklasse der westl. europ. Länder für die Weltrevolution leisten muß, besteht in der Errichtung ihrer Diktatur über die Ausbeuterklasse. Dazu muß die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes den inneren Feind die Bourgeoisie besiegen. Zugleich muß sie jeden Widerstand, im Interesse der weiteren Entfaltung der Revolution in der Welt, brechen, den die äußeren Feinde der Revolution entgegensetzen.

Im Interesse der weiteren Entfaltung der Revolution in der Welt, in Europa, in jedem einzelnen Land, hat die Arbeiterklasse allergrößtes Interesse an der Verhütung eines neuen Weltkrieges. Die Erhaltung des Friedens dient dem Wachstum der revolutionären Kräfte in den Kap. Ländern Europas genauso wie dem Aufbau des Sozialismus in den Ländern der Diktatur des Proletariats und dem Fortschreiten der Nationalen Befreiungsbewegung. Der Krieg wird die Revolution letztlich ebenfalls herbeiführen, und deswegen braucht man ihn auch nicht zu fürchten. Aber er wird den Werktätigen namenlose Qualen, Tod, Hunger, und Leiden bringen, er wird Produktivkräfte zerstören. Der Krieg bedroht die Überreste der Demokratie, die in einzelnen europäischen Ländern den Werktätigen immerhin einige Möglichkeiten bieten, die im Kampf um den Sozialismus ausgenutzt werden können. Der Krieg bedroht die nationale Unabhängigkeit

der kleinen und mittleren europäischen Staaten. Der Krieg der von den beiden Supermächten vorbereitet wird, droht, eine Reihe von europäischen ~~Völkern~~ Völkern kolonial zu versklaven und sie damit historisch um Jahrzehnte zurückzuwerfen, in die Jahre der Herrschaft des Hitlerfaschismus, in die Jahre der faschistischen Versklavung und der Barbarei.

Die Arbeiterklasse der europ. Länder hat also größtes Interesse am Kampf gegen ihre inneren und äußeren Feinde, sie hat größtes Interesse am Kampf gegen die von den beiden Supermächten, insbesondere vom sowjetischen Sozialimp. ausgehende Kriegsgefahr. Weil sie in diesem Kampf siegen will, kann sie sich keineswegs mit "Revolutionären" begnügen die ihr ständig nur zurufen, sie solle endlich die Revolution machen. Sie braucht Avantgardeparteien, die ihr genau sagen, wie man unter den konkreten internationalen und nationalen Bedingungen kämpfen muß um den Ziel der Revolution näher zu kommen. Sie braucht Avantgardeparteien, die die komplizierte Kampfkunst beherrschen, jeweils die Mehrheit gegen die Minderheit zu gewinnen, die Widersprüche auszunutzen und die Feinde einzeln zu schlagen. Solange sie nicht über solche Parteien verfügt, wird sie unweigerlich eine Niederlage nach der anderen hinnehmen müssen. Ohne solche Parteien ist ein Sieg der soz. Rev. unmöglich.

Bei der Analyse der Lage in West-Europa in Hinblick auf den Konkurrenzkampf der beiden Supermächte, der eines Tages zu einem neuen Weltkrieg führen wird, müssen wir uns zuallererst fragen, welche Haltung dazu die Monopolbourgeoisie einnimmt, die in den westl.-europ. vorläufig an der Macht ist. Dabei müssen wir davon ausgehen, daß die Monopolbourgeoisie ihre imperialistischen Ausbeuterinteressen gegen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker sowie gegen ihre Konkurrenten durchzusetzen gezwungen ist. Wir müssen weiters davon ausgehen, daß die Monopolbourgeoisie ihrem Wesen nach reaktionär ist, ein Feind der Demokratie im inneren und nach außen ist.

"Früher gestattete sich die Bourgeoisie, in Liberalismus zu machen, trat für die bürgerlich demokratischen Freiheiten ein und erwarb sich damit im Volke Popularität. Jetzt ist vom Liberalismus keine Spur mehr übrig. Aus. ist es mit der sogenannten "Freiheit der Persönlichkeit"-Rechte der Persönlichkeit werden nur denen zugestanden, die Kapital haben, alle übrigen Staatsbürger aber gelten als menschliches Rohmaterial, das nur dazu taugt ausgebeutet zu werden. Das Prinzip der Gleichberechtigung der Menschen und Nationen ist zerstampft, an seine Stelle ist das Prinzip des unumschränkten Rechts der ausgebeuteten Mehrheit der Staatsbürger gesetzt worden. Das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten ist über Bord geworfen. Ich denke das es auch ist, den Vertretern der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner aufzuheben und vorwärtszutragen wollt ihr die Mehrheit des Volkes um euch ~~scharen~~ scharen. Es gibt sonst niemand, der es aufheben könnte.

Früher galt die Bourgeoisie als Haupt der Nation, sie verteidigten die Rechte der Unabhängigkeit der Nation und stellte sie über alles. Jetzt ist von dem 'nationalen Prinzip' keine Spur mehr übrig. Jetzt verschachert die Bourgeoisie die Rechte der Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der Nationalen Unabhängigkeit und der nat. Souveränität ist über Bord geworfen. Kein Zweifel, daß es an euch ist, den Vertretern der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner aufzuheben und

vorwärts tragen, wollt ihr Patrioten eures Landes sein, wollt ihr zur führenden Kraft der Nation werden. Es gibt sonst niemand der es aufheben könnte. So liegen die Dinge heute. Es versteht sich, daß alle diese Umstände den kommunistischen und demokratischen Parteien, die noch nicht zur Macht gekommen sind, die Arbeit erleichtern müssen. Folglich besteht aller Grund, auf Erfolge und auf den Sieg der Bruderparteien in den Ländern zu rechnen, wo das Kapital herrscht." (Stalin, Rede auf dem 19. Parteitag der KPdSU(B), Oktober 1952; in: Stalin über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 301 f.)

Es ist klar, daß eine solche Bourgeoisie nicht dazu imstande ist, die Interessen der Arbeiterklasse und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung (einschließlich von bestimmten unteren Elementen der nicht monopolistischen Bourgeoisie) an der Sicherung der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit zu vertreten, daß ein Krieg, indem sie die Gewehre kommandiert, nur ein imperialistischer Krieg sein kann.

Diese Feststellungen entheben uns jedoch keineswegs der Pflicht, genau zu untersuchen, in welcher Weise die Entwicklung der Widersprüche zwischen den europäischen Monopolkapitalisten und den beiden Supermächten im Interesse der demokratischen und nationalen Bestrebungen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen im Zuge der Vorbereitungen der proletarischen Revolution genützt werden kann.

Anläßlich des Besuches des franz. Außenministers Jean Sauvagnargues im November letzten Jahres erklärte Gen. Tjiao-Guan-hua in seiner Tischrede: "Was wir in Europa sehen, ist der Zustand einer immer intensiveren militärischen Konfrontation... Wir sind schon immer der Ansicht gewesen, daß angesichts der Bedrohung durch den Expansionismus der Supermächte die Völker der Welt, einschließlich Europas, ihre Wachsamkeit erhöhen, in vollem Maße eine plötzliche Veränderung der Situation in Erwägung ziehen und sich wirksam vorbereiten müssen und ihre Hoffnungen nicht auf unglaubliche Hypothesen setzen sollten. Andernfalls droht Gefahr. Wie oft gesagt wird: Man kann mit jedem Vorfall fertig werden wenn man vorbereitet ist, und Toleranz kann nur das Übel vergrößern. Dies ist eine schmerzliche Lehre, die aus der Geschichte des zweiten Weltkrieges gezogen werden muß und die auch heute noch für uns von größter praktischer Bedeutung ist" (Tjiao bezieht sich hier ganz offensichtlich auf die Lehren aus dem Münchener Verrat!) "Heute wird den Völkern Westeuropas immer klarer, woher die Gefahren des Krieges in der Welt und auch in Europa stammen. Immer lauter fordern sie Einheit, größere Stärke und Verteidigung ihrer Sicherheit. Wir haben stets die verschiedenen Länder Westeuropas in ihrem Streben nach Einheit gegen den Hegemonismus unterstützt. Wir sind der Ansicht, daß die Entwicklung dieser Tendenz nicht nur im Interesse der Völker (!!!) Westeuropas liegt, sondern auch mit den Erfordernissen der Geschichte im Einklang (!!!) steht. Der Weg vorwärts ist natürlich windungsreich, verläuft nicht glatt. Aber wir sind davon überzeugt, daß die Hindernisse auf dem Wege zur Einheit Westeuropas überwunden werden können, falls die bittere Realität ins Auge gefaßt und ein klares gemeinsames Ziel gefunden wird. In China spricht man von Selbstvertrauen. Nur wenn die verschiedenen westeuropäischen Länder in ihrer Politik und ihrem Handeln hauptsächlich auf die eigenen Kraft bauen und auf die gemein-

samen Anstrengungen der von Tag zu Tag wacher werdenden Völker, Westeuropas vertrauen, werden sie bei jeder Eventualität unbe- siegbar bleiben (PR 48/1975, S. 4)

Deutlicher, Genossen, kann man es wohl nicht mehr sagen. Der Chinesische Standpunkt bez. der Aufgaben der europäischen Völker und Länder angesichts der Kriegsgefahr liegt klipp und klar auf dem Tisch. Natürlich ist es möglich, daß die chinesischen Genossen irren, daß sie eine fehlerhafte Einschätzung der Lage haben und falsche Ratschläge erteilen. Die KPCh zwingt niemand ihren Standpunkt auf. Die Zeiten des "führenden Zentrums" sind für die internationale kommunistische Bewegung Vergangenheit für immer. Die KPCh betrachtet und formuliert ihre Stellungnahmen stets als Vorschläge und mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen Parteien und Organisationen ein.

Es ist jedoch absolut unzulässig, sich den Vorschlägen der größten und erfahrensten marxistisch-leninistischen Parteien der Welt gegenüber wie ein spießiger, liberaler Kleinbürger zu verhalten, aus ihnen das herauszufischen, was einem herade paßt und was man so schön zum 1. Mai zitieren kann und den Rest einfach stillschweigend vom Tisch zu wischen. Entweder, oder! Entweder ist die Einschätzung der chinesischen Genossen falsch, dann muß man das klar, deutlich und öffentlich kritisieren, dann muß man den rev. Mut haben auch einmal gegen die Strömung zu schwimmen. Oder sie ist richtig, dann ist man als revolutionär verpflichtet, aus dieser Einschätzung voll und ganz die Konsequenzen ziehen.

Ich bin der Ansicht, daß die Haltung der chinesischen Genossen hier völlig richtig ist. Meiner Meinung nach ist es die Aufgabe unserer Organisation, diese Haltung genau zu studieren und bis ins Letzte die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die chinesischen Genossen sagen, daß die Tendenz zur Einheit Europas gegen Hegemonismus, die sich in der Politik der europäischen Länder zeigt, eindeutig positiv zu bewerten ist, daß sie mit den Interessen der Völker und mit den Erfordernissen der Geschichte in Einklang steht. Sie sagen damit, daß die Politik der europäischen

~~XX~~

Länder positiv zu bewerten ist in dem Maße, indem sie die Forderung der europäischen Völker nach Einheit, größerer Stärke und Verteidigung ihrer Sicherheit entgegen kommt.

Was heißt das? Das heißt nichts anders, als daß die europäischen Regierungen sofern sie Maßnahmen zur Verstärkung der Einheit Europas gegen die beiden Supermächte setzen, zu unterstützen sind. Die VR-China unterstützt diese Seite der Politik der europäischen Regierungen auf diplomatischen Wege. Die europäische Arbeiterklasse und die europäischen Völker unterstützen diese Seite der Politik ihrer Regierungen, indem sie für die Realisierung ihrer Forderungen nach Einheit, größerer Stärke und Verteidigung ihrer Sicherheit kämpfen, also im Klassenkampf. Außer durch Kampf können die Völker ihre Forderungen niemals durchsetzen. Voll realisiert werden sie erst in einem demokratisch vereinigten Europa unter der Führung der Arbeiterklasse sein.

Es könnten nun aber Leute daherkommen, die das gründlich mißverstehen und meinen, die Kommunisten müßten alles und jedes unterstützen, was die europäische Monopolbourgeoisie als "Einheit", "Stärke" und "Verteidigung der Sicherheit" ausgeben. In der Konsequenz würde das heißen, die Kommunisten müßten deswegen aufhören, gegen die Monopolbourgeoisie zu kämpfen, weil sie damit die "Einheit" der Monopolbourgeoisie gegen das Volk gefährden würden, ~~xxx~~ sie müßten

aufhören, gegen die bewaffneten Formationen der imperialistischen Bourgeoisie zu kämpfen, weil sie dadurch die "größere Stärke" und die "Verteidigung der Sicherheit" der Monopolbourgeoisien gegen die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker gefährden würden. Leuten, die so daherreden, müßte man ernstlich empfehlen, sich einmal das ABC des Marxismus-Leninismus anzusehen. Sie sind Sozialdemokraten, keine Kommunisten. Den Kommunisten kann es nicht darum gehen, auf irgendeinem Aspekt des Kampfes gegen die Monopolbourgeoisie zu verzichten oder sich ihr gar unterzuordnen und den proletarischen Klassenstandpunkt zu verlassen, sondern darum, die Monopolbourgeoisie auf einem weiteren Kampffeld zur Konfrontation zu zwingen und zu schlagen, auf dem Feld des Kampfes um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen Expansionismus der beiden Supermächte. Welche Fragen stehen dabei an?

1.) Toleranz kann nur das Übel vergrößern

Gegenüber einem Imperialistischen Aggressor "tolerant" zu sein, heißt seinem Kriegerischen Absichten Vorschub zu leisten. Toleranz gegenüber Hitler, das war die Politik des englischen und französischen Monopolkapitals vor dem 2. Weltkrieg. Die europäischen Völker mußten schwer dafür zahlen, daß sich die englischen und französischen Arbeiter dieser "Toleranz" gegenüber zu wenig intolerant verhalten haben. Die Lehren aus München sind heute noch von größter Aktualität.

Die westeuropäische Monopolbourgeoisie übt Toleranz gegenüber dem Expansionismus der beiden Supermächte. Einige von ihnen gestatten den USA die Stationierung ihrer Truppen auf dem Territorium ihrer Länder. Die österr. Monopolbourgeoisie plant ihre Aufrüstung in Ausrichtung auf den USA-Imperialismus, was man auch nicht gerade als intolerant gegenüber dem Expansionismus bezeichnen kann. Demgegenüber kämpfen die Völker Europas für den Abzug aller fremden Truppen und beweisen ihre unveröhnliche Haltung gegenüber dem Hegemonismus der Supermächte täglich in ihren Kämpfen.

Aber nicht nur gegenüber den USA verhalten sich die westeuropäischen Monopolkapitalisten tolerant. Noch gefährlicher ist die Versöhnlichkeit gegenüber dem aufstrebenden sowjetischen Sozialimperialismus. Trotz des für sie sehr spürbaren Druck seitens der Sowjetunion fahren sie fort den "Tiger zu füttern".

Der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und Westeuropa belief sich im Vorjahr auf 70 Milliarden Dollar und befindet sich weiter im Wachstum. Größtenteils handelt es sich dabei um Geschäfte, die auf lange Zeiträume geschlossen werden. Die Sowjetunion liefert Rohstoffe (hauptsächlich Erdöl und Erdgas) und importiert Industrieanlagen und technisches Knowhow. Von westlichen Ländern hat die Sowjetunion weiters Kredite in der Höhe von 20 Milliarden Dollar aufgenommen, zu relativ niedrigen Zinsen und langer Laufzeit. Die westl. Gelder und Warenlieferungen dienen der Stärkung der sowj. Kriegswirtschaft. Zustimmend zitiert daher die "Peking Rundschau" westliche Politiker und Wissenschaftler, die diese Politik Westeuropas mit der ökonomischen Stützung Hitler-Deutschlands durch Frankreich, England und die USA vergleichen (PR 16/76)

Politik ist ~~die~~ konzentrierte Ökonomik. Die Haltung der westeuropäischen Monopolbourgeoisie gegenüber der Sowjetunion entspricht ihrer Klassennatur. Sie ist es, die sie dazu treibt, in jedwedes günstige Geschäftchen einzusteigen und damit die Interessen der Nation zu verschachern. Es ist ihre Klassennatur, die sie dazu treibt, angesichts der wachsenden Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus den sinnlosen Versuch zu unternehmen, sich mit

zu arrangieren. Die Wortführer einer solchen Politik der "Annäherung Europas an die Sowjetunion" sind die Sozialdemokraten und die Revisionisten, dieselben Parteien, die über den größten Einfluß auf die Arbeiterklasse verfügen. Die Sowjetunion nutzt diese Lage geschickt aus und geht gegen Europa mit den Methoden der brutalen militärischen Erpressung und mit der Methode der Aufweichung der europäischen Front mittels Angebots profitträchtiger Geschäfte an einzelne Länder und Monopolgruppen vor. Es besteht also durchaus die reale Gefahr einer fortschreitenden "Finnlandisierung" Europas in ökonomischer und politischer Hinsicht, bis zu dem Punkt, an dem die amerikanischen Schlüsselpositionen unmittelbar bedroht sind und der Krieg unabwendbar wird.

Die Politik des Zurückweichens vor den Expansionisten steht im antagonistischen Widerspruch nicht nur zu den Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch zu denen aller patriotischen und demokratischen, friedliebenden Menschen. Alle wahren Patrioten und Demokraten müssen unter der Führung der Arbeiterklasse vereinigt werden und ~~xxx~~ in harten Kämpfen die Durchsetzung einer unversöhnlichen Haltung gegenüber den beiden Supermächten erzwingen. Letztlich voll realisiert kann eine konsequente Politik im Interesse des Friedens und ~~xx~~ der nationalen UNabhängigkeit erst unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats werden. Es ist für das Proletariat jedoch durchwegs von Interesse, wie weit die herrschenden Klassen unter dem Druck

der Massenbewegung von ihrer Toleranz gegenüber den Aggressoren Abstand nehmen. Das Proletariat wird sicherlich auch jede Regierung der nationalen Einheit, die auf der Basis eines festen Bündnisses aller demokratischen und patriotischen Kräfte beruht, unterstützen, auch dann, wenn es sich dabei noch nicht um eine Regierung der Diktatur des Proletariats handelt, auch dann, wenn sich die Regierung selbst noch keine sozialistischen Ziele setzt. Und das ruhigen Gewissens tun können, daß eine Regierung der nationalen Einheit, die diesen Namen verdient, wird keine Regierung des Monopolkapitals mehr sein.

2.) Für die Einheit Europas an der Seite der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte!

Gen. Tjiao-Huan hua weist darauf hin, daß die Einheit Europas im Interesse der europäischen Völker liegt und mit den Erfordernissen der Geschichte im Einklang steht. Wie soll man das verstehen? Einmal in der Hinsicht, daß angesichts der taktischen Stärke beider Supermächte und insbesondere des Sozialimp. die Einheit der kleinen und mittleren Länder Europas eine un mittelbare Notwendigkeit für den Kampf um die nationale UNabhängigkeit jedes einzelnen Landes ist. Welche Einheit Europas streben wir dabei an? Unzweifelhaft ein demokratisch geeintes Europa, das aus der Reihe der UNterdrückten ausschert, die Unterordnung unter die Supermächte beendet und sich an der Seite der Dritten Welt den Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus anschließt. Ein solches Europa ist nur vorstellbar unter der Führung der Arbeiterklasse. Der Kampf um die nationale UNabhängigkeit und die europäische Einheit kann daher keinesfalls vom Kampf um ~~xxx~~ Volksdemokratie und Sozialismus getrennt werden.

weil wir ~~xxx~~ für ein sozialistisches

Aber gerade weil wir für ein vereinigtes ~~x~~, sozialistisches Europa sind können wir uns keineswegs gleichgültig gegenüber den Einigungstendenzen der Monopolbourgeoisie gegen die Supermächte verhalten, sondern müssen diese genauso durch unseren Kampf unterstützen, wie wir alle, gegen die Interessen der Völker gerichteten Aspekte dieser Einheit aufs schärfste bekämpfen und der Einheit des Monopolkapitals die Einheit der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegenüberstellen müssen. Die westeuropäischen Monopolbourgeoisien verraten die

die Interessen ihrer Völker sowohl wegen ihrer Servilität gegenüber den USA als auch wegen ihrer Kompromißbereitschaft gegenüber der SU. Untereinander liegen die stärkern westeuropäischen Staaten in heftigen Wettstreit um die Hegemonie im Rahmen des westeuropäischen Zusammenschlusses und unterwerfen die schwächeren (Irland, Griechenland, Norwegen, Italien, Österreich, usw.) ihrem Diktat und ihrer zusätzlichen kap. Ausbeutung. Es liegt an den Völkern, jeglichen Chauvinismus, jeglichen Hegemonismus im Prozeß der europäischen Vereinigung zu bekämpfen und den Regierungen eine Politik der europäischen Solidarität und der Unterstützung der Dritten Welt aufzuzwingen. Es liegt an den Völkern, die Herstellung von Beziehungen der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zwischen den Staaten und insbesondere gegenüber der Dritten Welt durchzusetzen. In allen diesen Fragen ist die Monopolbourgeoisie vereint und nicht verbündet, in allen diesen Fragen wird sich der Fortschritt nur in soweit bahnbrechen, als die Völker in ihren Kämpfen gegen die jeweilige Monopolbourgeoisie reale und greifbare Erfolge aufzuweisen haben werden. In allen diesen Kämpfen werden die Arbeiter jedoch Bündnisse mit allen demokratischen und patriotischen Kräften schließen müssen, auch wenn es sich dabei um unzuverlässige und schwankende Verbündete handelt.

3.7 Größere Stärke und Verteidigung der Sicherheit

Ach hier gilt, daß Europa stärker und sichere nur in dem Maße wird, indem" die verschiedenen westeuropäischen Ländern in ihrer Politik und ihrem Handeln hauptsächlich auf die eigene Kraft bauen und auf die gemeinsamen Anstrengungen der von Tag zu Tag wacher werdenden Völker Westeuropas vertrauen." Kann man behaupten, daß die westeuropäischen Monopolbourgeoisien eine solche Politik verfolgen? Ernstlich wird das wohl niemand zu behaupten wagen. Die westeuropäischen Monopolbourgeoisien richten ihre Militärpolitik auf die USA aus, Einige sind NATO Mitglieder, haben amerikanischen Truppen und Waffen (einschließlich von Nuklearwaffen, ...)

die z. B. in Italien unter alleiniger Kontrolle der USA stehen) stationiert. Die Ausrichtung der westeuropäischen Militärpolitik auf die USA breitet unmittelbar den Boden für ein blutiges Gemetzel in Europa, das nur im Interesse der beiden Supermächte liegen kann. Die europäischen Länder haben sich von "Schutz" der USA gar nichts zu erwarten. Sollte es den USA gelingen, gemeinsam mit ihren westeuropäischen Verbündeten eine Angriff der SU zurückzuschlagen und zur Konteraggression überzugehen, so werden sie ihren militärischen Beitrag zum Vorwand nehmen, um ihre Verbündeten noch weiter in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken und die europäischen Völker noch stärker auszubeuten und zu unterdrücken. Eine neuerliche und viel folgenschwerere Marschallisierung Europas steht dann bevor. Warum bereiten sich die Monopolbourgeoisien Westeuropas trotzdem auf einen Krieg an der Seite der USA vor? Offenbar deshalb, weil sie den Völkern nicht vertrauen und sich nicht auf die Kraft der Völker stützen. Sie können das nicht, weiß sie die Völker ausbeuten und unterdrücken. Sie lassen sich lieber von einem größeren Räuber noch weiter in ihre Bewegungsfreiheit einschränken, als die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Massen zu erfüllen und ihren demokratischen Rechte zu gewähren. Ohne Befriedigung der Forderungen der Werktätigen und ohne Herstellung demokratischer Zustände kann von einem "Stützen auf die eigene Kraft" in Europa keine Rede sein, kann keine Rede sein von der umfassenden Mobilisierung der Volksmassen für die wirksamste Form des Krieges, für den Volkskrieg. Den Volkskrieg muß die Bourgeoisie fürchten. Sie muß fürchten

daß das Volk einmal in Waffen und demokratisch organisiert, diese günstigen Bedingungen dazu ausnützt, um seine Interessen gegen die Ausbeuter durchzusetzen und mit der Kapitalistenherrschaft ein für alle Mal Schluß machen.

Genau die Vorbereitung des Volkskrieges gegen einen Überfall seitens der beiden Supermächte ist aber die Vorbereitung, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen auf militärischen Gebiet treffen müssen. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, mit Gewalt. Das Übergang auf die Seite einer Supermacht bzw. die Kapitulation und die Führung eines ungerechten, imperialistischen Krieges - das wird die Fortsetzung der Politik der westeuropäischen Monopolbourgeoisie, falls der Krieg zwischen den beiden Supermächten ausbricht. Der Volkskrieg, ein gerechter, nationaler Verteidigungskrieg gegen eine oder beide Supermächte - das wird die Fortsetzung des Kampfes um nationale Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte sein, die Fortsetzung der Politik der Arbeiterklasse und aller Demokraten und Patrioten. Je stärker sich die Linie des Kampfes um nationale Unabhängigkeit gegen die Linie der Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit und der Kapitulation vor den beiden Supermächten durchsetzt, je stärker also die Völker ihren Willen gegen die Monopolbourgeoisie durchsetzen desto stärker wird die Verteidigungskraft der europäischen Länder gegen den Angriff der beiden Supermächte sein, desto länger wird sich der Krieg hinausschieben lassen, desto günstiger werden die Bedingungen für die Durchführung der Prol. Rev. in jedem einzelnen Land (ob die Rev. nun vor oder im Gefolge des Krieges ausbricht) werden. Der Kampf um den Aufbau einer nationalen Front aller Demokraten und Patrioten unter der Führung der Arbeiterklasse zum Kampf um die nationale Unabhängigkeit ist also nicht getrennt vom Kampf um die soz. Rev., sondern sein integraler Bestandteil.

Die Frage der bürgerl. Armee kann daher heute nicht nur in Hinblick auf die Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die eigene Bourgeoisie, sondern muß auch in Hinblick auf die Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die eigene Bourgeoisie, sondern muß auch in Hinblick auf die Vorbereitung der Verteidigung Österreichs gegen jede ausl. Einmischung gestellt werden. Es stellt daher keine Abweichung vom M-L dar, wenn es in meinem Antrag zur Kriegsgefahrresolution heißt: "Das Heer der österr. Bourg. ist in keiner Weise geeignet, der Arbeiterklasse und dem österr. Volk als Waffe im Kampf gegen jede ausl. Intervention zu dienen. Um sich die nötigen Mittel für diesen Kampf zu besorgen, muß die Arbeiterklasse und das österr. Volk

den Kampf um die Auflösung der bewaffneten Formationen der Bourg. und um die allgemeine Volksbewaffnung führen ("Kommunist" Nr 2, S 45) In der Zurückweisung dieses Antrags wird mir vorgeworfen, ich hätte dabei die Frage der politischen Macht umgangen. Das habe ich keineswegs getan. Ich habe in meinem Antrag festgestellt, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen gegenwärtig nicht über die Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik im Kampf um die nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Nation verfügen. Warum nicht? Weil die Bourg. über die Macht verfügt und über die entscheidenden Instrumente zur Ausübung dieser Macht, über die bewaffneten Formationen, und diese für eine antinationale Politik, gegen die nationale Unabhängigkeit einsetzen wird.

Für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Demokratie ist es deshalb notwendig, daß die österr. Demokraten und Patrioten die Macht haben. Die Arbeiterklasse ist die führende demokratische Kraft.

Auch indem die Arbeiterklasse im Zuge der Vorbereitung eines gerechten nationalen Verteidigungskrieges für die Auflösung der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie (des Kernstücks ihrer Macht) kämpft, kämpft sie für das Ziel der proletarischen Revolution, gegen die Macht der Monopolbourgeoisie und für die Volksmacht. Diese Macht kann sie, falls die Revolution nicht dem Krieg zuvorkommt, in einer Situation unmittelbarer Kriegsgefahr auch im Rahmen eines breiten Bündnisses aller patriotischen und demokratischen Kräfte ausüben (s. Volksfronttaktik der Komintern()).

Die Konsequenz einer solchen Politik, sofern sie gegen die Monopolbourgeoisie durchgesetzt werden kann, wird sehr wohl die Vaterlandsverteidigung sein, aber durchaus nicht in einem ungerechten, beiderseits imperialistischen Krieg, sondern in einem gerechten nationalen Krieg zur Verteidigung von Demokratie und nationaler Unabhängigkeit. In diesem Krieg, der ein Volkskrieg unter der Führung der Arbeiterklasse sein muß, wird zunächst der Schlag gegen den unmittelbaren Hauptfeind, den (bzw. die) imperialistischen Aggressor(en) geführt werden. Die Bourgeoisie wird im Zuge dieses Krieges in dem Maß bekämpft werden, in dem sie den Kampf gegen den ausländischen Aggressor hemmt, sabotiert und Verrat begeht ("Wird ein nationaler Kampf geführt, dann kommt der Klassenkampf in der Form des nationalen Kampfes zum Ausdruck: darin äußert sich eben die Identität der beiden. Einerseits sind während einer bestimmten historischen Zeitspanne die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Klassen der Bedingung unterworfen, daß sie die Zusammenarbeit nicht zerstören dürfen; andererseits müssen alle Forderungen des Klassenkampfes von den Bedürfnissen des nationalen Kampfes (....) ausgehen. So können in der Einheitsfront Einheit und Unabhängigkeit, nationaler und Klassenkampf miteinander vereint werden." Mao-Tse-tung). Nach der Erhängung der nationalen Unabhängigkeit werden die Arbeiterklasse und das Volk die Waffen nicht aus der Hand legen; sie werden sie vielmehr dazu nutzen, die Bourgeoisie vollständig zu entmachten und die Diktatur zu errichten. Der Volkskrieg zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit (bzw. der Volkskrieg zur Befreiung vom ausländischen Aggressor) und der Kampf um den Sozialismus wird in diesem Falle also ein Prozeß der ununterbrochenen Revolution sein, dessen untereinander durch den jeweiligen Hauptfeind und die jeweiligen Bündnismöglichkeiten des Proletariats unterschiedene Phasen ineinander übergehen werden.

Was folgt nun aus all dem für unsere Haltung zur aktuellen Militärpolitik der österr. Bourgeoisie?

Es versteht sich von selbst, daß die Kommunisten das bürgerliche Heer stets als das entscheidende Instrument der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse bekämpfen müssen. Es versteht sich von selbst, daß die Kommunisten dagegen kämpfen müssen, daß das österr. Bundesheer im Interesse der Imperialisten zur Niederhaltung der unterdrückten Völker eingesetzt wird (wie in Zypern und auf den Golanhöhen). Alle diese grundsätzlichen Fragen werden vom KB-Wien in seiner Agitation und Propaganda auch berücksichtigt.

Die Fragen, die sich hier stellen, betreffen die Haltung, die wir gegenüber dem Bundesheer bezüglich des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit einnehmen müssen. Dabei ist es v.a. wichtig, klar und deutlich festzustellen, daß das österreichische

Bundesheer kein Instrument zur wirksamen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs ist. Solange die österreichische Monopolbourgeoisie an der Macht ist, wird jedes Heer des österr. Staates kein solches Instrument sein können. Die österr. Arbeiterklasse und das österr. Volk werden daher auch niemals die Verantwortung für irgendwelche wehrpolitischen Maßnahmen der Bourgeoisie übernehmen können.

Die Ausrichtung des österr. Bundesheeres auf die NATO und die amerikanische Supermacht bereitet den Boden dafür, daß Österreich im Fall eines Krieges zum Schauplatz erbitterter Kämpfe der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten wird. Die Militärpolitik der österr. Bourgeoisie sichert nicht die Unabhängigkeit des Landes, sondern liefert Land und Volk an eine der beiden Supermächte aus. Dagegen müssen wir kämpfen, dagegen können und müssen wir die Arbeiter und alle wirklich patriotischen und demokratischen Kräfte gewinnen. Wir müssen durch die Mobilisierung der österreichischen Patrioten und Demokraten die Regierung dazu zwingen, wehrpolitische Maßnahmen zu setzen, die im Interesse der nationalen Unabhängigkeit Österreichs sowie im Interesse des Schutzes der Zivilbevölkerung vor den Schrecken des Krieges liegen (Bau von Zivilschutzanlagen aller Art, von Unterständen gegen Luftangriffe, von Atomschutzbunkern, Ausbau von Verteidigungs-linien an den Grenzen etc.). Wir müssen dagegen kämpfen, daß die Kosten für die Durchführung solcher Maßnahmen auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden und der reaktionären, chauvinistischen Militarisierung der Gesellschaft durch die Bourgeoisie entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Wir müssen allen österr. Patrioten und Demokraten allen wirklich am Frieden interessierten Menschen klarmachen, daß sich hinter den Phrasen der herrschenden Klasse von "Neutralität" und "Schutz der Neutralität und Unabhängigkeit" eine Politik verbirgt, die ihrem Wesen nach die wahren nationalen Interessen der österreichischen Bevölkerung verrät und verkauft. Wir müssen dieser Politik eine Politik aller Demokraten und Patrioten entgegensetzen, die sich tatsächlich und konsequent an der Verteidigung von Demokratie und nationaler Unabhängigkeit orientiert.

K-P.Sch.